

AND

Die Regierung wird nicht lange zögern dürfen, ihrerseits zu den Erklärungen der Konservativen Stellung zu nehmen. Am besten würde sie die Forderung durch ein anderes Ultimatum an die Führer der konservativen Partei überreichen. Die Möglichkeit und die Mittel stehen ihr zu Gebote. Es kommt nur auf den Willen an, die Souveränität des Reiches als rocher de bronze zu stabilisiren.

Auf Abwälzung der Biersteuer auf das Publikum ruhen sich bereits die Gastwirte. Ein Aufruf im Verbandsorgan fordert die Gastwirte auf, von Protesten abzusehen und mit aller Kraft für Verrückung des Bierpreises einzutreten, für Einführung des 3/4-Zehntel oder 0,25-Literpreises, die es den Gastwirten ermöglichen würde, sich durch Verabreichung geringerer Mengen schablos zu halten.

Arbeiter als Baukontrolleure wollen die Unternehmer nicht haben. Der Verband der Deutschen Bauwerks-Vereinigungen wendet sich in einer Denkschrift gegen die Resolution der Bauarbeiterkommission in München, die die Anstellung von Arbeitern als Baukontrolleure fordert. Diese beim Reichstage eingegangene Resolution war vom Reichstage dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung überwiesen worden. Die Bauherren fordern nun, der Reichstag möge der Forderung der Arbeiter keine Folge geben. Die Gründe für die Ablehnung sind die bekannten. Die Klagen der Arbeiter über mangelhaften Bauarbeiterdienst seien übertrieben, die Arbeiter eignen sich nicht zu Kontrollleuren, auch seien die Berufsvereinigungen selbst bestrebt, die Baukontrolle möglichst vollkommen zu gestalten. Die Arbeiter wissen aus der Praxis selbst, daß dem nicht so ist und die Unternehmer nur aus Furcht vor der Schmälerung ihres Profites und einer gewissenhaften Arbeiterkontrolle diese Forderung einleiten.

Den Antrag der Konservativen, betr. Einführung einer Reichswertzuwachssteuer,

lassen wir im Wortlaut folgen:

Die Kommission wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu erwidern,

I. An Stelle der Vorlagen über die Nachlasssteuer und das Erbrecht des Staates bzw. an Stelle des als Ersatz dafür von den verbündeten Regierungen beabsichtigten Entwurfs einer Erbschaftsteuer eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die zum Gegenstand eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Immobilien und Wertpapieren mit folgenden Maßgaben hat:

1. Die Steuer wird fällig beim Verkauf und wird berechnet nach demjenigen Wertzuwachs, der seit dem letzten, nicht mehr als 25 Jahre zurückliegenden Verkauf entstanden ist. Verträge über die Ueberlassung gewerblich oder land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Descendenten zur Fortsetzung der mit den Grundstücken verbundenen beruflichen Tätigkeit bleiben frei.

2. Die Steuerzinsen werden nach der Besitzzeit derart abgestuft, daß für jedes Jahr der länger als einjährigen Besitzzeit 1/100 des Höchstzinsfußes abgerechnet wird.

3. Von dem Wertzuwachs ist abzuziehen:

a) bei Immobilien: die nachweisbar zur Verbesserung des Grundstücks gemachten Aufwendungen und — soweit es sich um nicht extrajährliche Grundstücke handelt — ein jährlich anzurechnender Zinsfuß;

b) bei Wertpapieren, sofern eine angemessene Verzinsung nicht stattgefunden hat, ein nach dem Ankauftspreis zu berechnender Zinsfuß.

4. Der gebundene Besitz (Fideikommiss und Besitzungen juristischer Personen mit Ausnahme kirchlicher, religiöser und milder Stiftungen) ist in der Weise entsprechend zur Steuer heranzuziehen, daß sein Wert in näher festzulegenden Zeitperioden abgeschätzt und hiernach der Wertzuwachs berechnet wird.

5. Die Steuerzinsen sind so zu bemessen, daß der Ertrag der Wertzuwachssteuer dem Betrage gleichkommt, den das Reich aus dem Erbrecht des Staates, der Nachlasssteuer und Erbschaftsteuer bzw. der beabsichtigten Erbschaftsteuer beziehen soll.

II. Eventuell als Ersatz für die vorstehend genannten Vorlagen einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nach welchem das Reich einen Umfassstempel bei dem Verkauf von Immobilien erhebt und durch welchen zugleich der Umfassstempel für Wertpapiere eine entsprechende Erhöhung erfährt.

III. Eventuell entsprechende Vorlagen zu machen, welche die unter I und II genannten Steuervorschläge zweckentsprechend miteinander verbinden.

Die Kampflust der Konservativen

ist im Steigen. In der politischen Wochenrundschau der „Kreuzzeitung“ (Nr. 191 vom 25. April) wird nicht nur verurteilt, daß die Konservativen eine Reichstagsauflösung in den Kauf nehmen, es wird auch wieder sehr energisch mit dem Austritt aus dem Bloß gedroht. Das Blatt schreibt:

„Liebe sich die konservative Partei durch die Regierung nötigen, ein Gesetz anzunehmen, das sie seit Jahren auf Parteitage und durch ihre Führer in den Parlamenten bekämpft hat, ein Gesetz, das nach der 2. Jahres von den Ministern selbst als sozialistisch verworfen ist, dann wäre der Kredit der konservativen Partei für immer verloren. Sie konnte überlegen, ob sie ein Opfer der Ueberzeugung bringen dürfe, um eine Regierung zu stützen, die an bewährten konservativen Grundgesetzen festhalten will. Aber die Regierung zwingt ihre subventionierten Kreisblätter zur Aufnahme von Artikeln, die uns vor dem Lande bloßstellen sollen, läßt offiziell immer wieder versichern, unsere Partei habe sich gespalten, sucht einen Gegenstand zwischen Stadt und Land, zwischen städtischem und ländlichem Mittelstand zu schaffen, führt die Beamten gegen uns ins Feld, stellt den freisinnigen Kongressen bei der Reform des preussischen Wahlrechts in Aussicht, wodurch der Einfluß der Konservativen in Preußen und im Reich schwer geschädigt würde. Da muß auch jene Rücksicht auf die Regierungsvorlagen bei uns aufgegeben werden, und wir haben nur danach zu handeln, was wir selber im Interesse des Reiches für das Beste halten. Tatsächliche Ueberlegungen dürfen keine Rolle mehr spielen.“

Gewiß hat die Regierung Nachmittage genug, um die konservative Partei zu „strafen“. Will sie davon Gebrauch machen, so mag sie vor der Geschichte die Verantwortung dafür übernehmen. Gelingt es dem Reichskanzler, eine Reichstagsauflösung zu erwirken, und gibt er eine liberale Wahlparole aus, dann wird der amtliche Apparat vielleicht eine liberale Mehrheit im Bloß auf Kosten der Konservativen erzielen. Zentrum und Sozialdemokratie aber werden ebenfalls gestärkt zurückkehren. Und ob dann außer der Nachlasssteuer noch andere Gesetze zustande kommen, die dem Reichskanzler gefallen, ist recht fraglich. Jedenfalls wird die konservative Partei aber mit der Zeit zurückerobern, was ihr die Regierung genommen hat. Sie hat schon schlimmere Zeiten durchgemacht.

Soweit sind wir, daß der bisher bluttreueste Teil des Freisinn die Reichstagsauflösung empfiehlt, um seinen Willen gegen die Rechte des Bloßes mit Hilfe der Regierungsgewalt durchzusetzen. Auf diesem Punkte der Entwicklung muß es sich allerdings nun zeigen, ob es dem Fürsten Bismarck Ernst ist mit der Bloßpolitik. Die Konservativen haben immer wieder mit Nachdruck und in voller Aufrichtigkeit betont, daß sie mit dem Bloß arbeiten wollen. Wir müssen zu unserem großen Bedauern feststellen, daß von Tag zu Tag diese Stimmung in konservativen Kreisen wächst, die ein weiteres Mitarbeiten im Bloß aus Gründen der Selbstachtung kaum noch für möglich hält. Wir sehen voraus, daß die Freisinnigen diese notwendige Konstatierung einer Tatsache für eine Drohung angesehen werden. Das ist es aber nicht. In Drohungen wäre die konservative Partei im Reichstag zu schwach, wenn ihr je die Lust dazu kommen sollte. Sie steht dem ganzen Werke der Finanzreform vielmehr mit dem Gefühl der Resignation gegenüber. Die Gründe der Regierung sind lediglich parteiaktischer Natur, die ungenutzten geben das Augenblicksinteresse der Partei preis um der Sache willen, und es ist uns gar nicht zweifelhaft, daß wir auch ein Opfer an Mandaten nicht scheuen dürfen, wenn es sich darum handelt, einer sozialliberalen Gesetzgebung entgegenzutreten.

Der konservative Steuervorschlag,

mit dessen Erörterung die Finanzkommission am heutigen Dienstag beginnen will, steht naturgemäß im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die „Kreuzzeitung“ überschüttet die freisinnige Presse mit Spott und Dohn, weil in diesen Blättern von

der Regierung verlangt wurde, sie möge die Konservativen zum Gehorsam zwingen. Das konservative Organ stellt demgegenüber fest, daß die konservative Partei der Regierung durchaus keinen Gehorsam schuldig sei, sondern sich bloß von den Interessen ihrer Anhänger leiten lasse. Dagegen habe die Regierung Kuffen aufgestellt, hinter denen geschäftig auf die Herabsetzung der Konservative in der öffentlichen Meinung hingearbeitet wird. Diefelbe Regierung habe gleichmäßig zugehört, wie die Liberalen ihr Steuerbulet zerprühten. Den Konservativen aber ging es, obwohl diese, abgesehen von der Nachlasssteuer, ihre zuverlässigsten Stützen für die Reichsfinanzreform sind, scharf zu Leibe. Diesen Rebehandlung aufzunehmen, wurde schließlich für die konservative Partei zur Ehrensache. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sekundiert selbstverständlich mit größter Freude der „Kreuzzeitung“. Auch sie wendet sich gegen die Regierung, die mit ihrer Behauptung, daß die kleinen Bauern von der Nachlasssteuer nicht getroffen werden, die kleinen gegen die Großen auszuspielen veruche. Das Blatt hält daran fest, daß, wenn erst eine solche Steuer eingeführt ist, es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis sie ganz wesentlich ausgebaut wird. Die Bauern werden sich durch diesen schlaun Schachzug nicht täuschen lassen; denn sie wissen, daß man nur deshalb bemüht ist, wieder einen Keil zwischen die kleinen und die Großen zu treiben, damit man aus der Haut Weiber schneiden kann.

Eine weitere Hilfe finden die Konservativen beim Zentrum. Die „Germania“ freut sich über die Energie der Konservativen und findet, daß die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere viel besser und auch mehr populär ist, als eine Nachlass- oder Erbschaftsteuer. Die Konservativen können getrost einer Reichstagsauflösung entgegengehen; denn sie können sich auf eigener Kraft halten, was man von den Liberalen nicht behaupten kann. — Schließlich meint das Blatt, daß Bismarck zwar die Pflicht habe, zu antworten, ob es aber tut, sei eine andere Frage. Vielleicht lasse er sich wieder einmal eine „Deputation“ in das Reichskanzlerpalais dirigieren, um die Antwort des Kanzlers entgegenzunehmen. In den Kreisen der sächsischen Regierung verhält man sich zu dem konservativen Steuervorschlag völlig ablehnend. Die amtliche „Leipziger Zeitung“ erblickt in dem Vorschlag eine Entwürdigung der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform und gibt den Konservativen den Rat, sich Spekulationen, die Erbschaftsteuer entbehrlieh zu machen, nicht weiter hinzugeben.

Der Vater des konservativen Widerstandes soll, wie im Reichstag erzählt wurde, der Abgeordnete v. Schenckel und der Laus sein. Wie die „Nationalzeitung“ noch erzählt, soll der Beschluß über die Wertzuwachssteuer keinen Kraftionszwang bedeuten. In Wirklichkeit sei die Zahl der Anhänger der Nachlasssteuer auch unter den Konservativen gewachsen und es liege nunmehr bloß noch daran, daß die Regierung energisch aufträte.

Die Aussichten der Reichsfinanzreform.

Zu der durch den konservativen Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer geschaffenen Lage bemerkt die „Münchener Post“:

„So viel in bayerischen Regierungskreisen verlautet, in die der Finanzminister Rast aus Berlin gestern (Sonntag) wieder zurückgekehrt ist, hofft man immer noch, dem Reichstage eine Mehrheit für die Besteuerung des Erbschafts zu gewinnen. Man glaubt sogar bestimmt an die Möglichkeit, die Sätze der Erbschaftsteuer so zu gestalten, daß ihr Ertrag nur um ein geringes hinter dem von der Nachlasssteuer Erwarteten zurückbleibt. Mit der Reichswertzuwachssteuer hat sich der Bundesrat noch nicht offiziell befaßt. Er will erst die Beschlüsse der Finanzkommission abwarten. In Bundesratskreisen, namentlich in süddeutschen, wird aber die steuerliche Erhaltung des Wertzuwachses an Wertpapieren für unmöglich gehalten. Ebenso sind die süddeutschen Bundesratsmitglieder gegen die Uebertragung der Steuer auf den Wertzuwachs an Immobilien an das Reich. Der bayerische Finanzminister wird übrigens wohl am Mittwoch in der Sitzung der bayerischen Abgeordnetenversammlung namens der bayerischen Regierung eine Erklärung über die Stellung Bayerns zur Wertzuwachssteuer abgeben und auf Mitteilungen über den Stand der Reichsfinanzreform und die Finanzlage in Bayern daran knüpfen.“

Wie bekannt wird, sollen in der konservativen Fraktion 12 bis 15 Mitglieder sich für den Ausbau der Erbschaftsteuer ausgesprochen haben. Trotz dieser kleinen Zahl der Anhänger der Erbschaftsteuer soll es einen harten Kampf gegeben haben, bevor der Beschluß zustande kam, der den Gedanken der Erbschaftsteuer unter allen Umständen verwirft.

Türkei.

Der Sieg der Jungtürken. Pera, 26. April. Die Thronfrage ist jetzt bis auf nebensächliche Einzelheiten geregelt. Der Sultan bleibt als nomineller Herrscher, gegen dessen absolute Rückfälle folgende Garantien geschaffen werden: Die Räumung des Palastes werden geleistet. Der von Abdul Hamid zu einer starken Festung ausgebauten Palast wird künftig nur noch Palastwache in Stärke einer Kompanie haben, die täglich abgelöst und der Reihe nach von allen hier garnisonierenden Regimenten gestellt wird. Dadurch wird dem Sultan die Möglichkeit genommen, die Truppen zu formieren. Der Sultan hat aus eigenen Mitteln den Anmarsch der Salonikier zu bedenken und wird sich durch ein Geschenk an die Nation, von 50 Millionen Pfund, des größten Teils seines Privatvermögens entledigen, das als Basis für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches dienen soll.

Konstantinopel, 26. April. Mahmud Scherif Pascha veröffentlichte heute folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung: „Da alle Maßregeln zur Sicherung der Ordnung und Ruhe getroffen sind und Grund zur Beunruhigung nicht mehr vorhanden ist, wird die Geschäftswelt sowie die ganze Bevölkerung hierdurch aufgefordert, ihrem Erwerb und ihrer Beschäftigung unbefangt nachzugehen. An alle Beamten ergeht die Aufforderung, pünktlich zum Dienst zu gehen und diesen gewissenhaft zu verrichten. Gegen Beamte, die ihre Pflichten vernachlässigen, soll gerichtlich eingeschritten werden.“

Konstantinopel, 26. April. Der Präsident des Senats und der Kammer sowie die Mehrzahl der Abgeordneten und Senatoren sind per Bahn aus San Stefano hier eingetroffen. Von Militär begleitet, begaben sie sich ins Parlament, wo eine geheime Sitzung abgehalten wurde. In dieser Sitzung wird, wie verlautet, eine endgültige Entscheidung bezüglich des Sultans getroffen werden. Der Zugang zum Parlament ist gesperrt, die Sitzung ist völlig geheim.

Konstantinopel, 26. April. Die Stadt hat wieder ihr gewöhnliches Aussehen. Die Geschäfte sind geöffnet. In den Straßen, die zur Pforte führen, bewegt sich eine kolossale Menschenmasse. Der Minister des Aeußern, Rasid Pascha, äußerte gegenüber einem Diplomaten, daß nach den Mitteilungen Mahmud Scherif Paschas die Person und der Thron des Sultans nicht alteriert würden. In der Taxifahrerwelt wütet seit heute eine Feuersbrunst.

Konstantinopel, 26. April. Die Zahl der während des historischen Auftrugs getöteten, aus der Kriegsschule hervorgegangenen Offiziere beträgt nach sicheren Feststellungen 274. Der Sultan erwartet im Palast, daß die Beschlüsse des Generalstabs. Daß auch sein Harem die Flucht ergriffen habe, gehört zu den Tausenden von Gründungen dieser Tage. Abdul Hamid bräute wiederholt den Wunsch aus, sich als Privatmann auf die Insel Bypern zurückzuziehen, was aber als inopportun abgelehnt wurde.

Konstantinopel, 26. April. Die Räumung des Palastes gestaltete sich unbeschreiblich. Nachdem der größte Teil der Garnison die Waffen gestreckt hatte, suchten die übrigen Soldaten im Schutze der Nacht auf das asiatische Ufer zu fliehen, was das Signal zur Flucht auch für die anderen Paragisten der Wache war. Schwärme und weiße Eunuchen, Köche, Kammerdiener, Kafeen, Adjutanten, Sekretäre und Kammerherren, alle verließen in hellen Haufen panikartig die Paläste des

Palastes. Der sonst von Tausenden belebte Sternhof bot den Anblick eines Friedhofes. Nur drei Personen, darunter der erste Sekretär, hielten treu beim Sultan aus. Ungehindert durfte man in die innersten Teile der sonst unabhörbaren Paraden vorbringen. Schwer gelitten unter dem Feuern haben auch der Militärklub und das Arbeitsministerium. Patronen verfolgten durch die Straßen fliehende Horden. Bei dem geringsten Widerstande werden die Verfolgten mit dem Säbel niedergeböhrt. Der Sicherheitsdienst in den Hofgassen wurde gestärkt, um allen Uebergriffen vorzubeugen.

Konstantinopel, 26. April. Im Parlament, wo die Nationalversammlung jetzt geheim, am Nachmittag aber öffentlich tagt, teilte der jüngst kürzlich deputierte Ali Bey mit, daß die Nationalversammlung vom Scheit al Islam einen Bericht und den Antrag forderte, der Sultan sei, da er die religiösen Gesetze verlegt habe, des Kalifats unwürdig, die Nationalversammlung möge Abdul Hamid als Sultan und Kalifen absetzen und Reschad unter dem Namen Raschid V. als Nachfolger proklamieren. Wenn die Nationalversammlung diesen Antrag angenommen hat und Reschad proklamiert, wird sich eine Abordnung der Versammlung mit dem Scheit al Islam zu Abdul Hamid begeben, ihm die Beschlüsse mitteilen und ihm zum bewiesenen Kalifen nennen, wo er ruhig seine Tage beschließen kann. Falls Abdul Hamid sich weigert, wird er, da er nunmehr weder Sultan noch Kalif ist, verhaftet und wegen seiner Vergehen vor Gericht gestellt. Im Kriegsministerium begann heute die Untersuchung gegen die gelangenen Mädelshüter, unter denen der Hauptbedingte Abdurrahman-Bei, der Buchhaltungschef im Finanzministerium, ist. Die ersten Hinrichtungen erfolgen morgen früh.

Konstantinopel, 26. April. Um die Einbringung von Flüchtlingen zu erleichtern und das viele herumtrotzende Gerede an Unbestätigten zu verhindern, sowie um der Ausbreitung durch die Presse energisch zu begegnen, soll der Belagerungszustand längere Zeit andauern. Er wird ohne Belästigung der Europäer gehandhabt.

Konstantinopel, 26. April. Bei der Ratifizierung wurden hundert echte Horden erschossen. Ebdem Pascha erklärte im Ministerrat, daß 100 Offiziere fehlen, sie müßten jedoch nicht alle umgebracht sein.

Konstantinopel, 26. April. Vier Bataillone, sechs Batterien und einige Schwadronen Kavallerie wurden aus Adrianopel zur Verstärkung der hiesigen Garnison abgeordnet. In einem Sonderzuge traf auch der kommandierende des zweiten Armeekorps, Salih Pascha, ein, um die völlige Einheit zwischen dem zweiten und dritten Armeekorps zu dokumentieren.

Konstantinopel, 26. April. Enver Bey und Nisli Bey sollen sich heute mittag zum Sultan begeben haben, um im Namen der Armee und des Volkes ihm seine Abdankung nahe zu legen. Kein Minister will mehr ein Portefeuille aus den Händen des Sultans nehmen.

Verken.

Ein Nachgeben des Schahs? Teheran, 26. April. Die Enghen in Teheran fanden dem Schah eine Depeche, in der sie erklärten, daß sie den Einmarsch der Russen nicht zulassen können, sondern im Einverständnis mit den konstitutionellen sich widersetzen. Der Schah antwortete, er habe befohlen, die Straße frei zu geben und Lebensmittel ungehindert einzuführen. Der Schah werde den Untergang der Russen nach dem Vorlage der Enghen ernennen. Dadurch ist die Belagerung aufgehoben und der Friede angebahnt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 27. April.

Nede des Direktors der städtischen Handwerker-Schule Thiele,

behalten bei der Gröfzung der Ausstellung von Schülerarbeiten. Zum erstenmal nach nun zweijährigem Bestehen tritt die Handwerkerschule Bielefeld mit einer Ausstellung ihrer Schülerarbeiten vor die Öffentlichkeit.

Gestatten Sie mir, vorerst mit wenigen Worten zu erklären, was dieses neue Gebilde: „Staatlich-städtische Handwerkerschule mit kunstgewerblichen Tagesschulen“ will.

Fürchten Sie nicht, daß ich Ihnen ein wohl durchgearbeitetes Schulmeisterliches Programm entwirle; das kann ich aus dem einfachen Grunde nicht, weil wir das nicht haben; denn das gewerbliche Schulwesen im ganzen ist noch zu jung — Kunstgewerbeschulen datieren (von praktisch unwichtig gebliebenen älteren Vorläufern abgesehen) erst von der Mitte des 19. Jahrhunderts her — und man kann wohl sagen, sie stehen noch so in den ersten Zuständen der Entwicklung, daß es verzeihen wäre, diese Pionierschritte programmatisch festzulegen. Selbst doch bisher sogar ein treffender Name für diese neuen Organisationen.

Was wir an alle dem bemerken, was uns Kunst und handwerkliche Geschicklichkeit aller früheren Zeiten hinterlassen haben, von der prähistorischen Gewandstücke bis zum späten Empire, das hat die Kultur von Jahrtausenden bei allen Völkern geschaffen im wesentlichen durch direkte persönliche Uebertragung der Tradition vom Meister auf den Schüler, also ohne Schule. Diese persönliche Uebertragung des dauernd wandelnden Kunst- und Geschmacksempfindens hat sich in diesen Jahrtausenden wunderbar bewahrt, so daß wir alle tief bezaubert sind, daß der unerhörte Umbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert: Industrie, Maschinenwesen, Weltverkehr (so bewundernswürdig die an sich auch sind), über dieses intime persönliche patriarchalische Vertrauensverhältnis zwischen Meister und Schüler hinwegstürzte und neue Bildungsmöglichkeiten der neuen Generationen verlangte. Da mußte die Allgemeinheit helfend einspringen; man gründete vielfach mit großer Opferfreudigkeit in den geistig führenden Städten Anstalten, denen man die auf anderen Gebieten der Erziehung wohlbewährte Form von Schulen gab, mit fließendem Unterricht, nach pädagogisch und methodisch wohlüberlegten Grundrissen und naturgemäß zunächst mit Beschränkung auf schulmäßig bequem zu betreibende Disziplinen: Zeichnen, Auswendiglernen von Stilformen der Vergangenheit usw.

Schon heute kann man sagen, daß diese Schulen in dieser Form nicht den Segen gestiftet haben, den der Fleiß verbirgt hätte, der in ihnen waltete. Es gibt Städte, die alte, stark belebte — man sagt dann „blühende“ — Kunstgewerbeschulen besitzen, die schon jahrhundertlang jahraus, jahrein Hunderte von Schülern ausbilden; trotzdem liegt das gewerbliche Leben in Industrie und Handwerk, brach in diesen Städten, oder aber die Schule entwickelt; und es gibt andererseits Städte, die ohne „Schule“ im alten Sinne in wenig Jahren zu Zentren eines gefunden gewerblichen Lebens erblühten und heute bereits einen Export aufweisen, den noch vor 10 Jahren niemand geahnt hätte. Als Beispiel dafür darf ich an Darmstadt erinnern.

Also eine Schule an sich genügt nicht, das patriarchalische Verhältnis vom Meister zum Schüler ohne weiteres zu ersetzen. Und wenn wir das für diese Art Schulen ganzig, aber unglückliche Wort Kunstgewerbeschule in seine drei heterogenen Bestandteile: „Schule“, „Gewerbe“, „Kunst“ zerlegen, fühlen wir wohl alle das Unbedingte, in welchem Sinne schulmeisterliche der Gründungen der damaligen Zeit.

Und doch müssen Stellen vorhanden sein oder müssen geschaffen werden, die etwas Notwendiges vermitteln, das die Kräfte des Einzelnen nicht schaffen können. Man erkannte sehr richtig: das „billig“, durch das der deutsche Export — wenigstens auf vielen Gebieten — die Konkurrenz der anderen Völker schlug, ferner das „technisch“, durch das er den Weltmarkt bisher behauptet, das beides allein genügt auf die Dauer nicht, denn das machen uns andere Völker ebenfalls bald nach (das „billig“ die Italiener, Japaner, Chinesen, Inder und andere Völker mit anpruchsvollen Arbeitermassen — und das „technisch“ z. B. Franzosen und Amerikaner).

Wir müssen unser Uebergewicht durch etwas sichern, was uns

die Konkurrenz r
technischen Güte
Harmonie zwisch
sehen des Gegen
Moment, das a
wig XIV. an d
habels und 200
von Milliarden
Dieser Geich
arbeiten der, d
nieder möglich
Run ist es
ziehung zum Ge
Erziehung eines
malers, wie ein
Das sind gradue
streicher, notab
kann genau so
seht seiner Ar
Raum unerträgl
falscher Künstler
So nannte i
ziehung, die er
Sanderke
nünftiger ist, al
nützlichen, un
umfaßt. Denn
hellen, was un
handwerkliche T
haben daneben
stärkste Waffenn
Handwerk kann
der Produktion
durch, daß der
jedenfalls wicht
werk durch ein
jeder Techni
Stangen nicht, i
vorläufig — al
Bahnen gelenk
zur Vertiefung
handelnden Techn
Diesen neuen
Sie sollen in m
essentfremden
Staat dazu ver
Bege suchen, w
und Industrie
das wirtschaftl
Verständnis für
Interesse haben
stunde sind, die
in grändlicher
Das letztere
Das ist das
m besonderen
Hinterland dar
zur Ausbildung
oder in der R
und vor allem
Generationen d
fertig wird, w
kann (natürlich
ist aber in Wi
man gewöhnlich
und eventuell
Dann kommen
Reid an der al
seum bewunder
verdeckt ist, das
hier in Westfal
nicht das Ausla
lin nachmachen
genau so wie d
sind Ziele weite
die Aufgabe der
der Handwerker
Die Schule
gebiete in ihr e
solchen Zielen h
Anfängerschüler
darf keiner näl
Run zu die
Anfänge in der
ganzes hinstre
nach der bisher
besten Wissen
wenig ist, des
ausgestellt wor
Entwicklung ein
Paum nicht an
nicht für diese
kurz vor Oster
dankens würd
worden wären.
Zwei Witter
bedor Sie sich
der ersten V
hier vor Ihnen
verständlich zu
künstlerischen
einem Gutachte
vom sich freim
haben, sind le
lautesten mitp
das alltägliche
Selbstverlä
ipso qu — da
dererleitet dar
selbstbeständen
weisen vom Ge
halb, weil es d
Es sind E
kein Meie r
leuten (und sol
interessant ist
Und dann i
Interesse, die
lagte. Wenn
die irgenwie n
will nicht den
natürlich das
Kunst ganz v
Empfinden die
gelehrt. Wir
nicht, wenn E
fällig bekannt
können, sonder
mit dem Wun
nizier ersten
schließen.
— Der Stat
nicht schon dur
günstige Entwi
handenden Wäl
bedeant, die i
Waldboden bele
Barle einen ge
in die Gefahr r

11-15-1976

Auf zur Mai-Feier!

Die klassenbewusste Arbeiterschaft des Stadt- und Landkreises Bielefeld

feiert das

Maifest der Arbeit

am Sonnabend, den 1. Mai 1909

mit folgendem Programm:

Morgens: Ausflug über die Osningberge nach C. Schröder, Brackwede.

Sammelpunkt: Morgens 7 Uhr bei der Kreis-Sparkasse.

Nachmittags von 5 Uhr an in folgenden Lokalen:

„Centralhalle“, Indiestel (Bielefeld), Bracksiek (Gadderbaum-Quelle), Carl Schröder (Brackwede-Ummeln), Freudenau (Unter-Sieker-Heepen), „Schwan“ (Ober-Sieker-Stieghorst), Lohmann (Gellershagen-Sudbrak-Theesen-Babenhäusen und 5. Stadtbezirk), Lücking (Schildesche), Apenbrink (Schildesche-Herforderstrasse-Kammeratsheide-Brake und 9. und 10. Stadt-Bezirk):

Instrumental- und Vokal-Konzert.

*** Kringel-Verteilung an die Kinder. ***

Abends 8 Uhr in sämtlichen Lokalen:

Volkversammlung

mit der Tagesordnung:

Die Bedeutung der Demonstration am 1. Mai.

Eintritt à Person 30 Pfg.

Die Karte berechtigt zum Eintritt in sämtliche Lokale.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Zum 20. Male wird das internationale Proletariat aufgerufen zur Demonstration für den

Achtstundentag, für einen durchgreifenden Arbeiterschutz, für eine wirkungsvolle Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Im Hinblick auf die kriegsähnliche Atmosphäre, die wie ein Alp auf der erwerbstätigen Bevölkerung lastet und dazu beiträgt, dass die wirtschaftliche Krise um so schwerer einer besseren Konjunktur Platz macht, ist es doppelt notwendig, dass das Proletariat am 1. Mai in gewaltigen Massen seine Stimme erhebt

für den Völkerfrieden, gegen massenmörderische und kulturverwüstende Kriege, gegen den Militarismus — für Völkerverbrüderung.

Wir wollen Friede, Freiheit, Recht,
Dass keiner sei des andern Knecht,

Dass Arbeit aller Menschen Pflicht,
Dass keinem es an Brot gebricht!

Auf zur Maidemonstration!

Hoch die sozialistische Internationale!

Das Festkomitee.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 97.

Bielefeld, Dienstag, 27. April 1909.

20. Jahrg.

Das türkische Staatsgefüge.

II.

Anfangs schied man in der Türkei die Bevölkerung — abgesehen von den Slaven — nur in zwei Klassen: Moslems und Nichtmoslems, welche letztere gewöhnlich als *Rajah*, das heißt Herde, bezeichnet wurden. In diesem Ausdruck „Herde“ lag ursprünglich nichts Beleidigendes, sondern nur die orientalisch-patriarchalische Bezeichnung des Verhältnisses der Untertanen zu ihrem Herrscher. Auch mohammedanische Bauern waren *Rajah* ihrer Lebensritter. Nach Aufhebung des türkischen Lehenwesens blieb „*Rajah*“ die Bezeichnung der christlichen Untertanen des Sultans, bis diese Benennung auf Wunsch der europäischen Diplomatie abgeschafft wurde.

Den geistlichen Obern der Christen übrigens, namentlich den griechischen Patriarchen, wurde, schon seitdem der Sultan Mohammed II. sich nach der Eroberung Konstantinopels als den Erben des byzantinischen Kaisers betrachtete, eine angehende Stellung und eine fast unabhängige Gerichtsbarkeit über ihre Glaubensgenossen eingeräumt und auch katholischen Geistlichen (besonders den Franziskanern in Bosnien) wurden manche Privilegien gewährt.

In allem übrigen aber sah sich die türkische Regierung — nach einem schwachen Anfang im 18. Jahrhundert — erst im 19. Jahrhundert — zwarweise — zu einer billigeren Behandlung ihrer christlichen Untertanen bewegen. Dann ging sie aber darin so weit, als es mit den Grundgesetzen eines islamitischen Staates irgendwie vereinbar erscheint. Insbesondere hinsichtlich der religiösen Toleranz steht jetzt das Osmanische Reich — wenigstens was die Regierung betrifft — kaum einem andern Staate nach.

Man hat im mohammedanischen Staate wohl schon früh erkannt, daß die Vorschriften des auf der religiösen Grundlage ruhenden Scheriatgesetzes nicht immer ausreichen, um ein Reich regieren zu können. Glücklicherweise fanden die gelehrten Ulemas schon früh im Koran eine Stelle, welche besagt, daß der Herrscher solche Verfügungen treffen könne, die ihm für das Staatswohl notwendig scheinen. Davon haben nun die Sultane schon seit Jahrhunderten ausgiebigen Gebrauch gemacht, indem sie neue weltliche Gesetze hinausgaben.

Diese weltliche Gesetzgebung heißt *Kanun* (sein vom griechisch-lateinischen *Canon* oder *Canon* abgeleitetes Wort). Sie kann die Lücken des Scheriatgesetzes ausfüllen, soll aber mit demselben nicht in Widerspruch stehen. Es sind jedoch tatsächlich viele *Kanuns* erschienen, deren Inhalt dem religiösen Gesetz offenbar zuwiderläuft. Dies war nur insoweit zulässig, als der Koran selbst viele, wenn nicht gerade widersprechende, so doch verschiedenartige Auslegungen zulassende Ansprüche enthält, deren einer oder anderer zur Unterstützung eines solchen *Kanuns* herangezogen werden konnte. Es ist eine Aufgabe der *Muftis* und besonders des den Titel *Scheich ul Islam* führenden obersten *Muftis* von Konstantinopel, ein motiviertes Gutachten (*Fetwa*) über die religiöse Zulässigkeit eines neuen Gesetzes abzugeben. Die *Muftis* geben ihre *Fetwas* auch in Privatgesprächen ab. Gewöhnlich wird ihnen die schriftliche Frage in prinzipieller Form, ohne Nennung der Person, so vorgelegt, daß darauf „Ja“ oder „Nein“ zu antworten ist, worauf diese Antwort durch eine bezeugte Stelle des Scheriatgesetzes kurz erläutert zu werden pflegt.

Ein Sultan ist, obwohl *Kalif*, doch kein Geistlicher, das heißt, er hat nicht die Studien eines mohammedanischen Theologen, er gehört nicht zu den Ulemas; deshalb ernannt er einen solchen zum *Scheich ul Islam*, damit dieser an seiner Statt die Obliegenheiten des geistlichen Oberhauptes des Islams in seinem Reich erfüllt.

Die mohammedanischen Geistlichen sind aber keine Priester. Sie haben keine Weihe, durch welche ihnen durch Gottesmacht priesterliche Machtbefugnisse übertragen würden, sie verwalteten keine geistlichen Ämter; sie sind bloß die des religiösen Gesetzes Kundigen, dessen Lehrer, Ausleger und Vollzieher. Wie die *Muftis* das Scheriatgesetz für konkrete Fälle auszulegen haben, so haben *Scheichs*, *Muderris* und *Chodjas* dieses Gesetz zu lehren und haben die *Kadis* sich nach ihm zu richten, während die *Imams* eigentlich nur Vorbeter sind. Alle diese Personen sind im weiteren Sinne mohammedanische Geistliche. Zu den Ulemas rechnet man aber nur die vollkommen ausgebildeten Theologen, nicht die einfachen *Chodjas* und *Imams*. Uebrigens ist auch der *Kalif* „*Imam*“, der oberste Vorbeter des mohammedanischen Volkes.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

248. Sitzung vom Montag, 26. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Rieberding.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, des Zivilprozeßordnung, des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte steht auf der Tagesordnung, beginnend mit Artikel 1, der die Kompetenz der Amtsgerichte als Gerichte erster Instanz für Prozesse bis zu 600 Mk. (bisher 300) festlegt.

Abg. Dr. Wagner (loni.) erklärt sich mit der Festsetzung einverstanden.

Abg. De Witt (Str.) spricht von den Befürchtungen der Anwälte, deren Interessen aber kaum geschädigt werden dürften, zumal auch ihre Gebühren erhöht werden sollen.

Abg. Dowe (Fr. Vp.): Ein Teil meiner Freunde ist von der Möglichkeit der Erhöhung nicht überzeugt.

Abg. Dr. Abt (Fr. Vp.): Das Gesetz ist nur ein Notgesetz, und nur etwas Halbes. Jede Erhöhung der amtsgerichtlichen Kompetenz ist schädlich.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Wenn eine Ueberlastung der Amtsgerichte eintritt, so werden wir die Richterstellen vermehren. Der Anwaltstand soll nicht geschädigt werden, aber die notwendige Aenderung darf mit Rücksicht auf ihn nicht unterbleiben.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Die Bedenken, welche meine Freunde bei der ersten Lesung erhoben, waren zweierlei. Erstens wünschten wir nicht, daß der Schwerpunkt der Rechtsprechung nach Seiten der Amtsgerichte hin verschoben wird. Wir erwidern darin keine Garantie, daß die Rechtsprechung nicht vornehmlich durch abhängige Leute, durch *Wessoren*, ausgeübt wird.

Zweitens waren unsere Bedenken von der Rücksicht auf die mehr als 20 000 zahlenden Anwälte diktiert, die durch die Vorlage geschädigt werden. Die Kommission hat allerdings einige Verbesserungen vorgenommen. Gegen eine mäßige Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit haben wir nichts einzuwenden. Aber die wenigen Verbesserungen ändern nichts daran, daß die Vorlage Stöckerarbeit bleibt. Wir vermögen nicht zu erkennen, daß die Verbesserungen dieser Vorlage ausreichten. Und wir haben uns auch nicht davon überzeugen können, daß durchschlagende Bedenken gegen eine durchgreifende Reform der Zivilprozeßordnung vorliegen. Der Herr Staatssekretär hat ja keine Bedenken gegen eine großzügige Reform, wir aber meinen, der Gedanke der Veranschaulichung des Laienelements ist in Theorie und Praxis so anerkannt, daß nichts im Wege stünde, in dieser Richtung reformatorisch vorzugehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an der Erhaltung der freien Advokatur. Es liegt im Interesse des politischen Lebens, daß nicht ein numerus clausus für Anwälte herrscht. (Beschränkte Zahl der Zulassungen an jedem Gericht.) Mit der freien Advokatur hängt die Unabhängigkeit der Anwälte aufs innigste zusammen. (Zustimmung links.) Auch juristische Gründe stehen den politischen zur Seite. Der numerus clausus am Reichsgericht hat sich geradezu zu einem Krebsgeschwür ausgewachsen. (Zustimmung bei den Soz.) Unsere endgültige Stellung, sowie die Einbringung von Anträgen behalten wir uns für die dritte Lesung vor. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Bassermann (natl.): Weder das Publikum noch der Anwaltstand wünscht den früheren Zustand des numerus clausus zurück. Die freie Advokatur entspricht am besten einer guten Rechtspflege. Der Erhöhung der Amtsgerichtsbarkeit stimmen wir zu, wünschen aber, daß als Richter nur erfahrene Männer amtiert und mit der Hilfsrichterweihe gebrochen wird.

Abg. Storz (D. Vp.) spricht für die Unabhängigkeit der Anwälte, hält aber die Frage der Veranschaulichung des Laienelements noch nicht für spruchreif. Der Erhöhung der Kompetenz stimmen seine Freunde zu.

Abg. Dr. v. Däumbois (Folk): Die Vorlage ist weder eine Verbesserung, noch eine Verbilligung der Rechtspflege. Die Erhöhung der amtsgerichtlichen Kompetenz auf 600 Mk. wird mit großer Majorität angenommen.

Die folgende Kommission nach der Fassung der Regierung die Kammer für Handelsachen zur Berufungsinstanz in Prozessen bis zu 600 Mk. machen. Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen. Die Abg. Bassermann (natl.), Brunster-

mann (loni.), Dr. Frank-Mannheim (Soz.), Schulz (Fp.), Storz (D. Vp.) beantragen die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Die Landgerichte sind als Berufungsinstanz am allerunbeliebtesten. Wir halten es für eine wesentliche Verbesserung, wenn in der Berufungsinstanz zwei Laien mit herangezogen werden.

Nach weiterer, unerheblicher Debatte wird der Antrag Bassermann angenommen. In einer weiteren Sitzung beantragt die Kommission, Ansprüche aus dem außerehelichen Geschlechtsverkehr als *Ferienachen* zu behandeln.

Nachdem Abg. Risch (Str.) den Antrag bekämpft hat, — weil er unangebracht sei, gerade solchen Ansprüchen eine Vorzugsbehandlung zuteil werden zu lassen —, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Abg. Graef (Wirtsch. Vp.) begründet eine Resolution, worin verlangt wird, die Bezeichnungen „Gerichtsschreiber, Gerichtsschreiber“ durch die Ausdrücke „Gerichtsfunktionär, Gerichtsfunktionär“ oder etwas Ähnliches zu ersetzen. Der gegenwärtige Titel „Gerichtsschreiber“ würde abschreckend. Diese Reform empfiehlt sich um so mehr, als sie nichts koste.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Ich bin erstaunt, daß gerade von jener Seite ein solcher Antrag kommt. Wir sind anderer Ansicht, und wünschen, daß auch für andere Amtsbezeichnungen deutsche Worte gewählt werden sollen. Wir würden nichts dagegen haben, wenn der Staatssekretär Staatschreiber genannt würde. (Seiterkeit.) Zweifelhaft erscheint es mir immerhin, ob der Staatssekretär im Reichsjustizamt als „Staatschreiber der Gerechtigkeit“ zu bezeichnen wäre. (Große Seiterkeit.) Im allgemeinen sind aber deutsche Bezeichnungen besser. Ein großer Teil des Volkes weiß gewiß nicht, was ein Staatssekretär ist. Was aber ein Gerichtsschreiber ist, weiß jeder.

Die Resolution wird abgelehnt.

Zum Artikel 2 begründet

Abg. Heine (Soz.) einen Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der verhindern soll, daß die Parteien, deren Prozesse jetzt vor das Landgericht kommen, schlechter gestellt sind, als früher vor dem Landgericht, wenn sie unter Armenrecht klagen. Ferner bittet Redner um Annahme eines Antrages Storz, Abt, Frank, dem gleichen Paragraphen hinzuzufügen: „Für die dem Armenanwalt zustehende Baukostengebühr hat der Ristus“. Es sei auf dies besonders auszusprechen. Ja, man sollte sogar weiter gehen und der Ristus sollte dem Armenanwalt auch die baren Auslagen rieben.

Abg. Storz (D. Vp.) schließt sich den letzten Ausführungen des Vorredners an.

Brä. Graf Stolberg teilt mit, daß ein Zusatzantrag De Witt (Str.) eingegangen ist, wonach der Ristus dem Armenanwalt auch seine familiären baren Auslagen zu erheben hat.

Staatssekretär Dr. Rieberding wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Der Antrag Albrecht und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt. Der Antrag Storz, Abt, Frank wird mit dem Zusatz De Witt mit großer Majorität angenommen.

Weiter liegt ein Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) vor, dem § 157 der Zivilprozeßordnung hinzuzufügen: Die Vorschrift des Absatz 1 findet keine Anwendung auf Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte, die in dieser Eigenschaft fremde Rechtsangelegenheiten befragen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Unser Antrag hat in der Kommission keine Annahme gefunden. Die Mehrheit war der Meinung, daß Arbeitersekretäre nicht anders behandelt werden sollen wie Winkelfunktionäre.

Es gibt ja eine große Anzahl verständiger Richter, welche die Tätigkeit der Arbeitersekretäre nicht unterbinden. In Preußen aber ist es anders, und die vielfachen Beschwerden haben auf Antrag gegeben, daß der preussische Justizminister darauf hingewiesen hat, daß die Nichtzulassung nicht im Sinne des Gesetzes ist. Trotzdem sind aber von Gerichten wieder Entscheidungen gekommen, welche die Tätigkeit der Arbeitersekretäre zu erschweren suchen. Diese Vorgehensweise der Gerichte hat unseren Antrag veranlaßt. Wir bitten Sie, ihm zuzustimmen. Die Tätigkeit der Arbeitersekretäre wird von jedem, der sie beobachten konnte, für zweckmäßig gehalten. (Zust. bei den Soz.) Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben in Gegenden, wo wir es mit fremdländischen Arbeitern zu tun haben. Diese sind in ihren Verhältnissen so beschränkt, daß

der wirkliche Name seines Vaters war, den dieser aber, als er hierher kam, auf legalem Wege in West verwandelt hat. Niemand weiß davon; wir haben es nur aus seinen Papieren erfahren. Die Angelegenheit ist übrigens durchaus geschnitzig geordnet und alles Eigentum unter dem Namen West erworben.

Carroll erhob sich und knöpfte seinen Ueberrock zu.

„Ich setze voraus, daß Sie in der Lage sind, für alle Ihre Behauptungen überzeugende Beweise beizubringen,“ sagte er.

„Das bin ich.“

„Gut; ich gehe jetzt nach der Mission Peridida,“ erwiderte Carroll, „und werde Ihnen morgen über Krieg und Frieden Antwort sagen.“

Mit diesen Worten schritt er der Tür zu, legte mit kurzem militärischen Grusse die Hand an die Hüfte und verschwand.

Elites Kapitel.

Während Kapitän Carroll auf der schmutzigen Landstraße der Mission Peridida zuritt, bemerkte er in der vor ihm liegenden Landschaft verschiedene Veränderungen, welche mit dem Einfluß der winterlichen Regenzeit nichts zu tun hatten. Durch die Felder und längs der Straße zogen sich die alten, halb mit Wasser gefüllten Gräben hin, aber daneben befanden sich frisch aufgeworfene Dämme und Durchstiche, und die Köpfe einer langen Reihe dicker, hölzerner Schwellen bezeicheten die Linie der Eisenbahnen, welche erbarmungslos das üppige Weideland der Mission durchschnitten. Die ganze Bedeutung der hier vorliegenden Umwandlung erkannte er jedoch erst, nachdem er die Taldecke hinter sich gelassen hatte. Ein schnelles Heranziehen aus der Ferne und eine leichte Dampfzelle, die hinter dem Weidengebüsche aufstieg, welches zu seiner Rechten die Felder begrenzte, verriet ihm, daß die Eisenbahn schon im Betrieb war. Der junge Mann sagte sein erträgliches Pferd fest im Sattel und strich — in der unklaren Empfindung etwas verloren zu haben — mit der Hand über Stirn und Augen. Nur vier Monate lang war er fortgewesen, und schon fühlte er sich fremd und verlegen.

Mit einer gewissen Erleichterung lenkte Carroll endlich von der Landstraße in den Hedenweg ein. Hier war alles unverändert; nur das weisse Laub der Eichen und Eukalypten lag ringsum verstreut. Nachdem er sein Pferd im Stallhofe einem Reitknecht übergeben hatte, wendete er sich nicht dem Batio zu, sondern ging über den Rasenplatz nach der langen Veranda. Der Regen tropfte schwer von ihren Eisenstangen nieder und verbräute zwischen dem wirren Geäst der Schlingpflanzen, das die Säulen umwob, während der Schritt des jungen Mannes ein dumpfes Echo weckte, als ob der Anbau des alten Hauses völlig leer und verödet wäre. Die regelmäßigen Gruppen von Eichenbäumen und immergrünen Eichen, welche zur Sommerzeit den blendenden Glanz eines sechsmonatigen Sonnenscheins annehmlich gemildert hatten, schienen jetzt im Alleinbesitz des

Maruja.

Roman von Francis Bret Hart.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheibe.

„Kapitän Carroll,“ sagte Prince, ohne sich von der Stelle zu bewegen, aber mit einem energischen Zusammenpressen der Lippen und leicht auf die Seite geneigtem Kopfe, „es ist durchaus nicht mein Wunsch, die Szene von neuem wiederholt zu sehen. Sollten Sie etwas Ähnliches beabsichtigen, so würde ich die ganze Angelegenheit in die Hände eines Advokaten legen. Ich glaube nicht, daß Ihnen das angenehm sein könnte, ebenso wenig möchte ich behaupten, daß es mir lieb wäre, denn ich habe die ganze Sache nur als Geschäft behandelt mich nur in der Absicht damit befäßt, einen Gewinn daraus zu ziehen. Wie die Dinge liegen, können wir beide denselben Ziele zustreben, wenn auch unsere Beweggründe nicht dieselben sind. — Obwohl ich weder Offizier noch Gelmann bin, glaube ich in der Geschichte nicht weniger zart zu Wert gegangen zu sein, als der beste unter ihnen, nur mit einem Verd. — bishen mehr Geschick und geistiger Vernunft. Mir liegt daran, daß die Sache vertuscht und durch einen Vergleich geordnet wird, weil ich nicht wünsche, daß die Weltung — wie durch einen Prozeß unbedingt geordnet — an Welt verliert. Ich ne liege daran, um des jungen Mädchens willen und im Interesse Ihrer künftigen Schwiegermutter. Von dem, was Sie Gesetz der Ehre nennen, weiß ich nichts, aber ich habe Ihnen meine Karten offen vorgelegt, ohne zu fragen, welche Trümper Sie in der Hand halten. — Ob Sie das Spiel annehmen wollen oder nicht, bleibt Ihnen überlassen.“

Mit diesen Worten drehte er sich um und trat ans Fenster, während ihm Carroll, dem die letzten Erklärungen den Eindruck der Festigkeit, Zuverlässigkeit und Offenheit gemacht hatten, mit einem Gefühl der Hochachtung nachsah.

„Ich nehme jede Aeußerung zurück, die wie ein Zweifel an der Rechtfertigung Ihres Verfahrens klingen könnte, Mr. Prince,“ sagte er in ruhigem Tone, und bin bereit, Ihnen zuzugeben, daß Sie die Sache besser in Angriff genommen haben, als ich es gekonnt hätte. Ueberdies habe ich, wenn ich mich mit Ihnen verbinde, um die gemachten Entdeckungen nicht bekannt werden zu lassen, kein Recht mehr, über Ihre Beweggründe zu urteilen. Was wünschen Sie — was soll ich tun?“

„Ich bitte Sie, die ganze Sache Mrs. Saltonstall mitzuteilen und sie zu veranlassen, die gesetzlichen Rechte des jungen Mannes ohne Prozeß anzuerkennen.“

„Warum bezweifeln Sie, daß Mrs. Saltonstall dazu auch ohne — verzeihen Sie den Ausdruck — ohne Bedrohung bereit sein würde?“

„Weil ich glaube, daß eine Frau, die klug genug ist, sich einer Million zumächtigen, auch die Energie haben wird, dieselbe gegen andere zu verteidigen.“

„Ich hoffe, Ihnen beweisen zu können, daß Sie sich irren. Aber wo befindet sich der Erbe?“

„Er ist hier.“

„Hier?“

„Ja. Während des letzten halben Jahres ist er mein Privatsekretär gewesen. Ich weiß, was Sie davon denken, Kapitän Carroll. Sie halten das für nicht ganz anständig, ist's nicht so? — In der Beziehung sind wir eben verschiedener Meinung. Auf diese Weise ist es mir gelungen, die ganze Geschichte in meinen Händen zu behalten und zu verhindern, daß der junge Mann anderen in die Hände fiel. Meine Absicht ist, ihm vor dem, was ich weiß, nur so viel mitzuteilen, wie durchaus nötig ist, um seine Rechte zu beweisen. — Welche Vorteile ich mir dabei ausmachen werde, ist meine Sache.“

„Hat er eine Ahnung von dem Verdacht des Mordes?“

„Nein. Es schien mir weder zu seinem noch zu meinem Besten zu dienen, ihm davon zu sagen. Er kann unter Umständen ein wahrer Teufel sein, und wenn auch zwischen ihm und dem alten Mann von zärtlichen Gefühlen nicht die Rede gewesen ist, scheint es mir doch besser, die Geschichte nicht durch Radegallüste zu verwirren. Nein, er weiß nichts! — Ich bin dem Mörder auch nur ganz zufällig auf die Spur gekommen.“

„Aber was hindert den jungen Mann, Mrs. Saltonstall von seinen Ansprüchen zu unterrichten?“ — Wissen Sie überhaupt, ob er es nicht bereits getan hat?“ fragte Carroll, in dem der Gedanke aufstieg, daß dadurch vielleicht Marujas seltsames Benehmen zu erklären sei.

„Keinesfalls! Er ist zu stolz, um Ansprüche zu erheben, ehe er dieselben zu beweisen vermag, und hat mir vor kaum vier Wochen das Versprechen abgenommen, die Sache im Dunkeln zu lassen. Wie ich ihn beurteile, ist er zu träge, um sich viel darum zu kümmern, und ich will verd. — sein, wenn ich nicht glaube, daß ihm kein Vagabundenleben den Geschmack verdirbt hat. Um ihn zu machen Sie sich keine Sorge. Er wird die Saltonstalls sicher nicht ins Vertrauen ziehen, denn er mag sie nicht leiden und hat sie nur ein einziges Mal besucht. Die Witwe — ich weiß nicht, ob sie eine instinktive Abneigung gegen ihn fühlt — ist nicht gerade zuvorkommend gegen ihn gewesen, und Mrs. Maruja hat, wenn ich nicht irre, von der Fähergeschichte auf der Landstraße her einen alten Groll gegen ihn. Sie ist aber nicht dazu geneigt, etwas zu vergeben und zu vergessen. — Ich weiß das aus Erfahrung!“ fügte er mit einem kurzen, unbefuglichen Aufschauen hinzu.

Carroll war zu sehr mit der Gefahr beschäftigt, welche seinen Freunden von diesem widerwärtigen Prätexten drohte, um Princes ungarische Anspielung zu beachten. Er erinnerte sich an Marujas auffallende Erregung, als sie den jungen Mann am Grabe Dr. Wests gesehen.

„Geben Saltonstalls irgend welchen Verdacht gegen den Erben?“ fragte er bittig.

„Wie sollten sie darauf kommen? Er nennt sich Gueit, wie

Die Hilfe eines Rechtsanwalts nicht in Anspruch nehmen können und andererseits also auf die Verfolgung ihrer Rechtsansprüche verzichten müssen. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

In anderen Ländern wird die Tätigkeit der Arbeitersekretäre ganz anders gewürdigt. In der Schweiz wird das Arbeitersekretariat mit 30.000 Fr. subventioniert. Die Beamten werden aber doch nicht von der Regierung angestellt, sondern von den Arbeitern gewählt. Bei uns hat man Geld für Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern, Handelskammern, aber die Arbeitersekretariate erhalten nicht die geringste Unterstützung.

Es handelt sich bei unserem Antrag nicht nur um die Sekretariate der freien Gewerkschaften, sondern ebenso gut um die aller uns entgegenstehenden Organisationen. Ich bedaure es ganz besonders, daß unser Antrag nicht auch vom Zentrum im Interesse der christlichen Gewerkschaften unterstützt ist. (Bravo! bei den Sozial.)

Abg. v. Heinze (natl.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir wollen den Zustand, der preussisch im Süden und Westen des Reiches besteht, auf ganz Deutschland ausdehnen. Das Hindernis liegt hier in der preussischen Praxis.

Staatssekretär Dr. Lieber in a fordert den Abg. Frank auf, Fälle, in denen Arbeitersekretäre zu Unrecht abgewiesen wurden, mitzuteilen. Daß sie ungehört vorgelassen werden sollen, kann doch nicht verlangt werden.

Abg. Schmidt - Berlin (Soz.): Der Rat des Herrn Staatssekretärs, uns zu beschweren, bekommen wir die Antwort, die Amtsgeschäfte seien allein zuständig. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. (Beifall bei den Sozial.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt.

Weiterberatung Dienstag 2 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom Montag, 26. April, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff, Freiherr v. Rheinbaben.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des verunglückten Abg. Grafen Vellefrem (Ztr.) durch Erheben von den Plätzen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Schulgesetzes.

Beim Titel „Ministerrats“ findet eine allgemeine Verbreitung statt.

Abg. Marx (Ztr.) bedauert, daß der Kultusminister den Verhandlungen nicht beiwohnen könne. Den infolge seiner Erkrankung ausgesprochenen Erwägungen, die Schulangelegenheiten von denen der Kirche zu trennen, werden wir uns stets aufs energigste widersetzen. (Bravo! im Ztr.) Auch die Notwendigkeit der weiteren angeregten Trennung der Schulangelegenheiten von dem Kultusgesetz wird sehr ernst zu prüfen sein. — Redner bringt des weiteren die alljährlichen Klagen über unparteiliche Behandlung der katholischen Niederlassungen gegenüber den evangelischen zur Sprache. Das Kultusministerium hat wohl in dieser Frage in letzter Zeit etwas Wohlwollen gegenüber dem Zentrum bewiesen, aber wir verlangen nicht Wohlwollen, sondern Gerechtigkeit. (Bravo! im Ztr.) Auch das Schulunterrichtsgesetz wird zu Ungunsten der Katholiken ausgelegt. Die Schuldeputation sollte es sich zu einer ihrer Hauptaufgaben machen, gegen die Verbreitung der Schulliteratur, der Postortageromane, unter der Schuljugend vorzugehen. Dieser Literatur muß rücksichtslos zu Leibe gegangen werden. Die Schüler müssen aufgefordert werden, in Geschäften, die diese Hefen führen, überhaupt nichts mehr für ihren Schulbedarf zu kaufen. Redner beklagt sich schließlich darüber, daß in Bismarck in Rommern, entgegen dem Schulunterrichtsgesetz, keine katholische Schule eingerichtet werde. Ganz gescheitrig sei die Ansicht, daß eine erfolgreiche Anstellung von 3 katholischen Lehrern an der evangelischen Schule. (Bravo! im Ztr.)

Ein Regierungskommissar verteidigt die Haltung der Regierung gegenüber den katholischen Ordensniederlassungen. Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff geht auf einzelne Beschwerden des Vorredners über die Handhabung des Schulunterrichtsgesetzes in der Rheinprovinz ein. In Bismarck sei vom Minister bereits den Beschwerden des Abg. Marx Rechnung getragen worden. Die Regierung ist angewiesen, auf die Durchführung der ministeriellen Entscheidung mit größter Beschleunigung hinzuwirken. (Bravo! im Ztr.)

Abg. Eichhoff (Ztr. Sp.): Die Erörterung konfessioneller Streitigkeiten will ich anderen überlassen, die mehr Geschmack daran finden. (Unruhe im Ztr.) Für die Konsequenzen des Schulunterrichtsgesetzes, an dessen Zustandekommen wir unschuldig sind, sind wir nicht verantwortlich. Wir verlangen die völlige Trennung von Kultus und Unterricht, ein reines Kultusministerium. Aber eine Mehrheit dafür ist ja nicht vorhanden. (Sehr richtig! rechts.) Viel wichtiger erscheint uns die Neuordnung des Kultusministeriums. Ich spreche den dringenden Wunsch aus, daß wir bald wieder zu normalen Zuständen im Kultusministerium kommen. Redner erörtert dann den Fall Mahling. Ueber das Vorstandsrecht der Fakultäten hat sich das Ministerium in diesem Falle rücksichtslos hinweggesetzt; dagegen hat es ein Separatvotum berücksichtigt. Es wäre interessant, darüber näheres zu erfahren. Weiter wird gesagt, man müsse den verschiedenen Richtungen Rechnung tragen. Gewiß, aber das müßte dann überall geschehen. In Greifswald ist bisher immer nur die orthodoxe Richtung in der theologischen Fakultät herrschend gewesen. Man hebt die Leistungen

des Herrn Mahling auf dem Gebiete der inneren Mission hervor. Ich will das akzeptieren. Aber gebührt ihm darum ein Lehrstuhl an der ersten Universität? Einem Manne, bei dem man von wissenschaftlichen Leistungen im Ernst gar nicht sprechen kann? Oder ist die theologische Wissenschaft heute so geringfügig geworden, daß sie einen Vortrag über innere Mission als hervorragende wissenschaftliche Leistung anerkennt? Ist die positive Richtung in der theologischen Wissenschaft so arm an Talenten? Ich kann es nur im Namen meiner Freunde lebhaft bedauern, daß man an die erste Universität des Reiches einen Mann berufen hat, bei dem es aus persönlichen oder Parteirücksichten, der seine wissenschaftliche Betätigung durch nichts bewiesen habe. Weiter möchte ich um Aufklärung bitten, ob für Professor Bernhardt, gegen dessen Berufung aus wissenschaftlichen Gründen nichts einzuwenden ist, ein neues Ordinariat geschaffen ist. Aus dem Etat geht darüber nichts hervor. Redner tritt des weiteren für die Schaffung von Lehrstühlen für Sozialreform ein und für Zulassung der Ingenieure nach Besuch der technischen Hochschule zur Ausbildung an den staatlichen Betrieben.

Abg. D. Hagenberg (natl.) bedauert ebenfalls die Befassung im Kultusministerium. Wir erwarten, daß aus den gegenwärtigen Verhältnissen kein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen werde. Für eine Trennung der Unterrichts- und Kultusangelegenheiten wären wir durchaus zu haben. Gerade die unpolitische Verwaltung der Schulangelegenheiten wäre bei einer selbständigen Verwaltung mehr gesichert. Ueber die Frage der Behandlung der katholischen Ordensniederlassungen werden wir uns mit den Herren vom Zentrum doch nie einigen. Den neu vorgeschlagen Stellen für Kreisschulinspektoren im Hauptamt stimmen wir zu. Wenn aber wirklich die Absicht besteht, die Kreisschulaufsicht pädagogisch und nicht bürokratisch zu gestalten, so liegt in der Beibehaltung der Kreisschulinspektoren eine große Gefahr. Auch ein tüchtiger Sachmann mit seminaristischer Bildung wird, wie die Verhältnisse heute einmal liegen, schweren Stand haben gegenüber Kreisschulinspektoren mit akademischer Bildung. Sehr erwünscht wäre uns die endliche Vorlegung der Statistik über die Ergebnisse des Schulunterrichts. In der Geschichte sollte auf die Geschichte bis zum Mittelalter zurück mindestens eben so großer Wert gelegt werden, wie auf die Geschichte der Neuzeit. Besonders die Kulturgeschichte muß mehr in den Vordergrund gerückt werden. Wir müssen davon absehen, die Geschichte in der Volksschule nur als eine Geschichte von Dynastien zu lehren. (Sehr wahr! links.) Es müssen den Kindern anregende und begeisterte Lebensbilder von hervorragenden Männern vorgeführt werden, die aus dem Volke hervorgegangen sind. Sehr wichtig ist dann das Selbstständigmachen der Volksschulkinder und der gesonderte Unterricht für Schwachbegabte. Die Lust an geistiger Fortbildung wird in dem Maße bei den Kindern steigen, als man bei ihnen die Freude am Eigenen besser zu erwecken vermag. Endlich darf auch nicht die Körperkultur vergessen werden. Man darf ein Kind von 8, 10, 12 Jahren nicht 4 Stunden hintereinander geistig behandeln, ich möchte sagen mißhandeln. (Sehr richtig! links.) Zwischen die Unterrichtsstunden sollten nicht all zu selten körperliche Übungen eingeschoben werden. Weiter sollten auch Einrichtungen getroffen werden, durch welche die Lehrer befähigt werden, in dem Kampfe gegen die Vererbung des Volkes durch Geschlechtskrankheiten mitzuwirken. (Sehr gut! links.) Redner schließt sich des weiteren der Kritik des Abg. Eichhoff an der Berufung des Professors Mahling an. Das Separatvotum geht offenbar von der einen einzigen Stimme aus, die sich in der Berliner Fakultät für die Berufung Mahlings ausgesprochen hat. Es ist ganz klar, daß hier Parteirücksichten maßgebend gewesen sind. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Man sagt, der Letzte war ein Liberaler, jetzt muß ein Konservativer folgen. Gewiß, aber jener Liberaler wurde als Positiver gegenüber einem noch mehr Liberalen vorgezogen. (Hört, hört! links. Lachen rechts.) Ein solches schematisches Vorgehen ist überhaupt nicht bei der Berufung von wissenschaftlichen Professoren ganz unangebracht. (Sehr richtig! links.) Der an erster Stelle von der Fakultät vorgeschlagene Professor Simons hat nach 35jährigem praktischem Dienst — gegenüber nur 5 Jahren des Herrn Mahling — 15 Jahre akademischer Lehrtätigkeit hinter sich. Und was soll die Berufung auf die Missionstätigkeit Mahlings bedeuten? Insbesondere einem Simons gegenüber, der seine Schüler stets nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in die Aufgaben der inneren Mission eingeführt hat. Die führenden positiven Kreise meiner Heimatprovinz haben mich beauftragt, ihr Bedauern und ihr Versehen darüber auszudrücken, daß ein Mann von der Bedeutung Simons nicht für würdig der Professur befunden worden ist. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Im Interesse der evangelischen Kirche hat diese Berufung des Professors Mahling sicher nicht gelegen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: Man hat gefragt, wer die Verantwortung für den nicht anwendenden Kultusminister übernehme. Ich hoffe, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß eine endgültige Regelung der Beziehung des Kultusministeriums erst dann erfolgen kann, wenn die Forderung ausgesprochen ist, daß Minister volle in sein Amt zurückkehren kann. Bis dahin werden die Einzelheiten des Kultusgesetzes von den Vertretern des Kultusministeriums, und soweit finanzielle Fragen in Betracht kommen, von mir beantwortet werden. Soweit es sich um die ministerielle Verantwortung handelt, kann ich erklären, daß das Staatsministerium bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen.

Unterstaatssekretär Weder: Professor Bernhardt ist in ein erledigtes ordentliches Extraordinariat berufen worden. Daher ist aus dem Etat darüber nichts zu ersehen. Was den Fall Mahling anlangt, so liegt es dem Herrn Minister durchaus fern, die Besetzung der Fakultäten zu verkürzen. Auf das erwähnte Separatvotum und die Gründe, weshalb Professor

„Gut, gut, gut!“ flüsterte er schnell, mit selbstamer, tonloser Stimme. „Das wird's tun! — das wird's tun! Da Sie Soldat sind, wissen Sie auch, wie man's zu gebrauchen hat! ... Ja, es gibt eine Vorbeugung!“ Dabei erhob er die Augen zum Himmel und fügte dann dazwischen: „Geben Sie mit! Geben Sie mit!“ (Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

ktg. Das Schicksal verfluchter Fremdkörper. Eine ganze Reihe von Leiden der Bauchorgane sind auf Fremdkörper zurückzuführen, die verflucht sind und sich dann innerhalb des Verdauungsapparats festgesetzt haben oder gewandert sind. Oft haben die Betroffenen selbst keine Ahnung, daß sie etwas Fremdartiges verflucht haben. Das beste Hilfsmittel zur Erkennung der Fremdkörper ist nach einem Vortrage von Dr. Reudert in der Medizinischen Gesellschaft in Zwickau (Medizinische Klinik) die Röntgenbeobachtung, namentlich deshalb, weil ein großer Teil der verfluchten Fremdkörper ganz oder teilweise aus Metall besteht. Sie bleiben jahre- und jahreslang im Magen, so namentlich Eisenstücke und Messerlingen, aber früher oder später kommt es zu Drüsenentzündungen, Durchbohrungen der Magenwand, Geschwüren in der Umgebung des Magens usw. Im Darm kann durch sie ein Darmverschluss herbeigeführt werden. Interessant ist das Verhalten der Fremdkörper Eingeweidebrücken gegenüber. So sind Fälle zur Beobachtung gekommen, die unter den Erscheinungen der Einklemmungen oder Bauchentzündungen auftraten, bei denen aber Fremdkörper als Ursache festgestellt wurden. Man hat z. B. bei den Bruchoperationen Knochenstücken und Nadeln im Bruchstücke wiederholt gefunden. Interessant ist, daß die meisten verfluchten Stednadeln mit stumpfem Ende nach vorn den Körper verlassen und daß die auch am Dehnenen spitzen Nadeln gefährlicher sind als Stednadeln. Bleiben sie im Darm stecken, so kann es zu Durchbohrungen der Darmwand und im Anschluß daran zu tödlichen Bauchentzündungen kommen. Die tödliche Sünde, Nadeln in den Mund zu nehmen, müssen Schneiderinnen oft mit einer schweren Operation oder mit dem Leben bezahlen.

Simons nicht berufen worden ist, bin ich nicht in der Lage, etwas zu sagen. Solche Dinge können doch unmöglich hier in breiter Öffentlichkeit erörtert werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Unterrichtsverwaltung schätzt Professor Simons durchaus in persönlicher und wissenschaftlicher Beziehung, aber sie muß sich die freie Entscheidung darüber vorbehalten, ob sie den Vorschlag einer Fakultät Folge leistet, oder seiner Majestät eine andere Persönlichkeit glaubt vorzuschlagen zu müssen. (Sehr richtig! rechts.) Konfidentialrat Mahling ist erst nach außerordentlich eingehenden Ermittlungen in erster Linie vorgeschlagen worden. Daß die Unterrichtsverwaltung nicht einseitige Parteierwägungen verfolgt, geht daraus hervor, daß ihre Maßnahmen heute von rechts und morgen von links belächelt resp. anerkannt werden. Die außerordentliche Tätigkeit des Herrn Mahling auf dem Gebiete der inneren Mission wird allseitig anerkannt. Daß er daneben nicht eben so umfangreich sich wissenschaftlich betätigen konnte, wie Privatdozenten der Theologie, die Muße genug haben, ihren wissenschaftlichen Bestrebungen nachzugehen, ist verständlich. Trotzdem hat er mehrere vielbeachtete Schriften veröffentlicht und damit die Aufmerksamkeit weiter wissenschaftlich interessierter theologischer Kreise auf sich gezogen, z. B. durch eine Geschichte der inneren Mission in Hamburg. (Beifall rechts.)

Abg. v. Sadowski (Pole) kritisiert die lange Nichtbeziehung des Bistums Gnesen-Posen und verlangt Unterricht in der polnischen Sprache in den Volksschulen der polnischen Provinzen.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff erwidert, daß aus technischen Gründen ein zweisprachiger Unterricht in der Volksschule nicht möglich sei. Im übrigen werde für die Volksschule in den polnischen Provinzen besonders viel getan, was zur Folge gehabt habe, daß keine Analphabeten mehr aus diesen Provinzen in die Armeen kämen. Das Problem, woran die Volksschulverwaltung zu arbeiten habe, sei, die Kinder möglichst alle bis zum Ende der Volksschule zu bringen. Es werde vor allem darauf ankommen, die Klassenfrequenz möglichst herabzusetzen und die tüchtigsten Lehrer zu gewinnen. Dann werde trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Fluktuation der Bevölkerung ergeben, das Ziel zu erreichen sein.

Abg. Graf Claron d'Haussenville (konf.): Auch meine politischen Freunde bedauern die Abwesenheit des Herrn Kultusministers, wollen aber auf die verfassungsrechtliche Seite der Frage nicht eingehen. (Abg. Doffmann [Soz.]: Schwarzkopff macht's! [Seitens!]) Den neu geschaffenen Kreisschulinspektoren werden wir zustimmen, wünschen aber für spätere Fälle eine bessere Begründung solcher Forderungen. Im Falle Mahling stehen wir durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Unterrichtssekretärs. Die Gegenüberstellung der Verdienste beider Männer hier in der Öffentlichkeit halte ich nicht für richtig. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß nicht, wie die Herren der Linken befürchten können, die Freiheit der Wissenschaft werde gefährdet dadurch, daß ein positiver Professor an die Berliner Universität berufen wird. (Lachen links.) Wenn man auf mangelhafte Parität in Greifswald hinweist, so verweisen wir demgegenüber auf Marburg. (Bravo! rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß: 4 Uhr.

7. Verbandstag der Stukkateure.

Der Verbandstag tagte in Kassel vom 12. bis 16. April. Er mußte als außerordentlicher einberufen werden, weil gegen die vom vorjährigen Verbandstag beschlossene Erwerbslosenunterstützung eine starke Protestbewegung einsetzte, die durch Urabstimmung nicht zu beheben war.

Anwesend sind 35 Delegierte, 3 Vorstands- und ein Ausschußvertreter, 7 Gauleiter und ein Vertreter des Zentralverbandes der Maurer.

Der Bericht des Vorstandes verweist auf die enorme Arbeitslosigkeit, die infolge der Wirtschaftskrise über den Bauheringelassen ist und bereits mehrere Jahre anauert. Nur wenige Städte machen davon eine Ausnahme. Einschneidend wirkt auch die neueste Stillrichtung, die die Vereinigung der Bauarbeiter herbeigeführt hat, daß das Stukkatorenhandwerk nahezu ausgeschaltet ist. Infolge dieser ungeheuren Depression hat der Verband im letzten Jahre etwa 900 Mitglieder verloren. Ein Beweis der Stärke des Verbandes ist aber, daß es ihm gelungen ist, den Stand der Tarifverträge aufrechtzuerhalten. Die Mitgliederzahl sank von 2291 (1907) auf 7361, ein Verlust von 11 Prozent. Die neugeschaffene Gauerwaltung hat eine nennenswerte Tätigkeit nicht entfalten können, weshalb ein Bericht über diese noch nicht vorliegt. Das Verhältnis zum Verband der Maurer soll durch einen Kartellvertrag geregelt werden.

Im Berichtsjahre wurden 15 Tarife für 25 Städte ohne Arbeitsstellenstellung abgeschlossen. Ferner fanden 20 Angriffs-, 20 Abwehrstreiks und 7 Ausperrungen statt, an denen 1420 Personen beteiligt waren. Bei den streiklosen Bewegungen wurden für 228 Beauftragte wöchentlich 280,5 Stunden Arbeitszeitverfürgung und für 2203 Beauftragte wöchentlich 4375 Stunden Arbeitszeitverfürgung erreicht. Für das Jahr 1909 werden weitere Lohn-erhöhungen fällig. Bei den Angriffsstreiks erreichten 227 Beauftragte 699,35 Mk. mehr Lohn und 280,5 Stunden Arbeitszeitverfürgung pro Woche. Durch Abwehrstreiks und Sperren konnten für 41 Beauftragte 288 Mk. Lohnreduktion und für 12 Beauftragte 144 Stunden Arbeitszeitverlängerung zurückgewonnen werden. Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen betragen 69.552 Mark.

Das Kassierergutragen verzeichnet eine Auflage von 8000 Exemplaren (1907: 9200).

Der Kassenbericht ergibt für die Hauptkasse (1908) 132.389 Mk. Einnahme und 148.169 Mk. Ausgabe. Das Gesamtvermögen beträgt 175.862 Mark. Von den Ausgaben entfielen auf Agitation 6095 Mk., auf die Gauerwaltungen 4752 Mark, auf das Sachorgan und fremdsprachliche Zeitungen 12.625 Mark, Streik- und Wagerungsunterstützung 65.878 Mark, Reiseunterstützung 8117 Mk., Sterbegeld 4300 Mk., Rechtschutz 3003 Mk., Bauarbeiterzuschuß- und Generalkommission 1057 Mk., Verbandstag und Protokoll 11.189 Mk., Konferenzen 2113 Mk., Unterrichtsstufe 705 Mk., Verwaltungskosten, persönliche 4085 Mark, sächliche 6528 Mark.

Der Bericht des Ausschusses verweist auf die Protestbewegung gegen die Erwerbslosenunterstützung, die zur Einberufung des außerordentlichen Verbandstages führte, während die Vornahme einer neuen Urabstimmung abgelehnt wurde.

Die schriftlichen Berichte werden auf dem Verbandstage mündlich ergänzt.

In der Debatte über diese Berichte nimmt das Verhältnis zum Maurerverband einen breiten Raum ein. Es liegt hierzu ein Entwurf des Vorstandes zu einem Kartellvertrag, sowie eine Gegenvorlage des Vorstandes der Maurer vor, die sich in wesentlichen Punkten untereinander. Der anwesende Vertreter des Maurerverbandes, Genosse Baplow, erläutert in äußerst sachlicher Weise das Verhältnis zwischen den Maurern und Stukkateuren und die Schwierigkeiten, die sich einer Regelung der gemeinsamen Arbeitsgebiete und der Schaffung eines Kartellvertrages entgegenstellen. Die Verhandlungsführer beider Berufe sei bereits eine zu enge geworden und die schwebenden Differenzen seien nur in einseitiger Organisation zu lösen. Deshalb sollte die Vermittlungsfrage erneut in ernste Erwägung gezogen werden. Andererseits biete der Kartellvertrag seines Vorstandes eine geeignete Brücke. Die meisten Redner sind indes der Meinung, daß dieser Vertrag seitens der Funktionäre des Maurerverbandes ganz anders ausgelegt werde, und daß es zweckmäßiger sei, wenn sich die beiden Verbände über eine gemeinsame Fassung verständigen. Die Debatte findet ihren Ausdruck in der Annahme folgender Resolution:

In Anbetracht des immer engeren Zusammenhanges der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes erklärt sich der Verbandstag prinzipiell für die Errichtung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes, hält jedoch ein Eingreifen anzu-

vorhanden nicht werden kann, namentlich dieser Differenzen. Die zwischen beiden Verbänden ausgeübte Einwirkung auf die Frage der Kartellverträge durch einen Kartellvertrag nur ein vorläufiger Schritt ist. Es ist deshalb nur ein vorläufiger Schritt zur Diskussion.

Die Entwurfsverträge werden demnächst, baldmöglichst, dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Den wichtigsten Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages bilden die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung.

Die Erwerbslosenunterstützung wird als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet. Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

Die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Urabstimmung werden als ein wichtiger Punkt der Verhandlung des Kartellvertrages betrachtet.

nicht in der Lage, ein-
tätig hier in breiter
richtig! rechts.) Die
Simons durchaus in
ung, aber sie muß sich
alten, ob sie den Vor-
r seiner Majestät eine
zu müssen. (Sehr
ist erst nach anber-
in erster Linie vorge-
waltung nicht einseitig
hervor, daß ihre Ma-
on links befaßt resp.
e Tätigkeit des Herrn
tion wird allseitig an-
umfangreich sich wis-
ponenten der Theologie,
hastlichen Bestrebungen
hat er mehrere viel-
die Aufmerksamkeit
logischer Kreise auf sich
er inneren Mission in
isiert die lange Rich-
und verlangt Unterricht
tschulen der polnischen
o pff erwidert, daß als
ntericht in der Volks-
erbe für die Volksschule
viel getan, was zur
beten mehr aus diesen
s Problem, woran die
ei, die Kinder möglichst
bringen. Es werde vor-
quenz möglichst heran-
einnehmen. Dann werde
er Situation der Be-
n sein.
nville (konj.): Auch
nterheit des Herrn
rassungsrechtliche Seite
a n n (Soj.): Schwarz-
gefassten Kreis-
nchen aber für spätere
er Forderungen. Im
f dem Standpunkt des
niederstellung der Ver-
ntlichkeit halte ich nicht
ch weit nicht, wie die
ie Freiheit der Wissen-
positiver Professor an
(Lachen links). Wenn
nwald hinweist, so ver-
(Bravo! rechts.)
berberatung auf Dien-

Stukkateure.
vom 12. bis 16. April.
werden, weil gegen
schlossene Erwerbslo-
ung einsetzte, die durch
nds- und ein Ausdru-
des Zentralverbandes
erweist auf die enorme
istritik über den Ver-
Nahme andauernd. Nur
nahme. Einleitend
die Vereinfachung der
gewerbe nahezu aus-
en Depression hat der
mitglieder verloren. Ein-
er, daß es ihm gelungen
terhalten. Die Mit-
61, ein Verlust von 11
t, ein Verlust von 11
n, weshalb ein Bericht
erhältnis zum Verband
rge geregelt werden.
e für 25 Städte ohne
fanden 20 Angriffe,
n statt, an denen 1420
lofen Bewegungen wur-
Stunden Arbeitszeit
entfaltet 4375 Mr. Lohn-
werden weitere Verbesser-
nits erreichten 227 Be-
5 Stunden Arbeitszeit
breitsteils und Sperrten
nreduktion und für 12
nigerung zurückgewiesen
wegen, Streiks und
uflage von 8000 Exem-
die Hauptkasse (1908)
f. Ausgabe. Das Ge-
s zu einem Kartellver-
des der Maurer vor-
beiden. Der anwesende
e Kälber, erläutert in
zwischen den Maurern
die sich einer Rege-
der Schaffung eines
Verwandtschafts beider
er und die schwebenden
er Organisation
elungsfrage erneut in
erreichs biete der Ver-
geeignete Brücke. Die
tag, daß dieser Vertrag
andes ganz anders aus-
e, wenn sich die beiden
und verständigen. Die
nahme folgender Reso-

Zusammenfassung der
erklärt sich der Ver-
eines allgemeinen
in Eingreifen un-

**Verbandes nicht für angebracht, da diese Frage nur dann gelöst werden kann, wenn die größeren Organisationen des Bau-
gewerbes dieser Frage nachtreten.**
Die zwischen den Maurern und Stukkateuren bestehende
Differenzen über Lohn und Arbeitszeit bei Arbeiten, die
beiderseits ausgeführt werden, lassen sich am leichtesten regeln
bei einer einheitlichen Organisation beider Berufe. Daher
ist die Frage der Beilegung der Konkurrenz nicht einfach
durch einen Kartellvertrag erledigt, sondern der letztere ist
nur ein vorläufiges Mittel, die Gegensätze zu überbrücken.
Es ist deshalb die Angliederung an den Maurerverband er-
reut ins Auge zu fassen und diese Frage in Mitgliederkreise
zur Diskussion zu stellen.
Die Entwürfe der beiden Hauptverbände zu einem Kartell-
vertrag werden an die Vorstände zurückverwiesen mit den
Wünsche, baldmöglichst eine beiden Organisationen genehm
Vorlage zu schaffen.
Dem Vorstand, Ausschuss und der Redaktion werden De-
charge erteilt.
Den wichtigsten Punkt der Verhandlungen bildet die Ein-
führung der Erwerbslosenunterstützung, die bereits
vom vorjährigen Verbandstage ab 1. April 1909 beschlossen war.
Gegen die Durchführung dieses Beschlusses erhob sich eine
Protestbewegung zahlreicher Filialen, die teils Gegner dieser
Einrichtung waren, teils sich über die Unterlassung einer
Abstimmung entrüsteten. Die Opposition fand neue Nahrung,
und es schien daher dem Vorstand und Ausschuss geraten, die
Durchführung des Beschlusses von einem neuen Verbandstage
abhängig zu machen. Nach den Nürnberger Beschlüssen sollte
die Erwerbslosenunterstützung vom 13. Tage der Erwerbslosig-
keit ab bis zur Dauer von 60 Tagen in Höhe von 1,25 Mark pro
Tag bei Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangel oder Witterungs-
einflüssen und von 0,50 Mark bei Krankheit gezahlt werden. Der
Vorstand hat dem Verbandstag diese Beschlüsse als neue Vor-
lage mit der einzigen Änderung unterbreitet, daß die Karenz-
frist auf sechs Tage herabgesetzt wird. Der Mecklenburger
gibt einen Rückblick auf die Protestbewegung und auf die Ent-
wicklung des ganzen Problems. Er vergleicht die durch eine
langjährige fortgesetzte Arbeitslosenkontrolle des Verbandes ge-
wonnenen statistischen Unterlagen, wonach eine Beitrags-Ge-
höhung von 25 Pfg. für die Arbeitslosen und von 25 Pfg. für
die Arbeitslosigkeitswochen ausreichen würde, die Kosten der Neu-
einrichtung zu decken. Eine künftige Verschmelzung mit anderen
baugewerblichen Verbänden brauche niemand von der Einfüh-
rung abzuschrecken, denn auch im Rahmen einer Reichsleitung
könnten die Stukkateure ihre geschaffenen Einrichtungen sich
erhalten.
In der Debatte wird zunächst in scharfer Weise ein An-
trag erörtert, der den Vertretern des Verbandes und Aus-
schusses, sowie den Gauleitern für diesen Teil der Verhandlungen
das Stimmrecht entziehen will. Diese 11 Personen ver-
sichern schließlich freiwillig auf ihr Stimmrecht. Aus der Dis-
kussion ergibt sich, daß die Mehrheit der Vertreter sich gegen
die Einführung der Erwerbslosenunterstützung durchaus sträubt
und unter allen Umständen den Mitgliedern durch Abstimmung
Gelegenheit geben will, darüber die letzte Entscheidung zu
treffen. Der Wert der Abstimmungen wird von anderer
Seite scharf bestritten und die Notwendigkeit begründet, dem
Verbandstag die Entscheidung zu sichern. Nach 1stündiger De-
batte wird eine Resolution fast einstimmig angenommen, die die
Vorlage des Vorstandes den Mitgliedern zur Abstimmung
unterbreitet. Diese motivierte Resolution lautet:
„Zu den Forderungen, welche die organisierte Arbeiter-
schaft berechtigterweise an Reich, Staat und Kommunen zum
Schutze des Lebens und der Gesundheit stellt, und denen die
sozialpolitische Gesetzgebung Rechnung tragen sollte, gehört
auch die Erwerbslosenunterstützung.
Reider ist jedoch nicht zu erwarten, daß von dieser Seite
in absehbarer Zeit irgend etwas getan wird, was geeignet ist
irgend einen wirksamen Schutz gegen die Folgen der Arbeits-
losigkeit zu bieten. Selbst für den Fall, daß man von jener
Seite aus der Frage näher tritt, ist voranzukommen, daß die
Einrichtung den berechtigten Wünschen der Arbeiter-
schaft Rechnung tragen würde. In erster Linie würde
man die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken
vermehren.
Es liegt daher im eigensten Interesse der Arbeiter, die
Einführung dieser Unterstützungseinrichtung selbst in die
Hand zu nehmen, und dies haben die freien Gewerkschaften in
ihrer großen Mehrheit schon mit Erfolg getan. Dieser Unter-
stützungseinrichtung ist um so mehr Wert beizulegen, als fest-
steht, daß dieselbe geeignet ist, die Widerstandskraft der Ar-
beiter gegen Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsverhält-
nisse erheblich zu stärken.
Schon seit den neunziger Jahren wurde dies in den Reihen
der Stukkateure und Gipser immer mehr bekannt, so daß der
Verbandstag in Nürnberg den Beschluß faßte, die Erwerbs-
losenunterstützung einzuführen. Dieser Beschluß löste jedoch
in den Reihen der Mitglieder eine Opposition aus, die zu
dem jetzigen Verbandstage führte.
Die Teilnehmer des jetzigen Verbandstages erkennen die
Wichtigkeit der Erwerbslosenunterstützung voll und ganz an.
Der Verbandstag beschließt jedoch, die Einführung derselben
von einer Abstimmung abhängig zu machen. Die Erwerbs-
losenunterstützung soll am 1. April 1910 nach der Vorlage des
Hauptverbandes eingeführt werden, wenn 60 Prozent der Ab-
stimmenden sich für dieselbe erklären.
Da die Auffassung über die Tragweite der Erwerbslosen-
unterstützung in den Reihen der Mitglieder vieles zu wünschen
übrig läßt, so hat der Hauptverband noch reichliche Agitation
für dieselbe in den Filialen zu betreiben und verpflichten sich
die Delegierten, ihr Möglichstes hierzu zu beibringen.
Sollte wider Erwarten die Abstimmung die Ablehnung
ergeben, so beschließt der Verbandstag weiter:
1. Die Kontrolle über die Erwerbslosigkeit ist auf Grund
der vom Hauptverband getroffenen Bestimmungen strikte
durchzuführen, da nur dadurch eine feste Grundlage über die
Möglichkeit der Einführung für unsere Organisation gegeben
werden kann.
2. Die Frage ist durch Agitation in Wort und Schrift
immer mehr zu klären, so daß sämtliche Mitglieder Gelegen-
heit haben, sich eine feste Meinung über die Notwendigkeit und
die Tragweite dieser Unterstützungseinrichtung zu bilden.
3. Gestützt auf die Ergebnisse der beiden vorstehenden
Punkte hat der Hauptverband dem nächsten Verbandstage
eine neue Vorlage zu unterbreiten, welche den Mitgliedern
so frühzeitig zugänglich gemacht wird, daß es möglich ist, die-
selbe reiflich zu diskutieren, so daß der achte Verbandstag die
definitive Entscheidung über diese Frage treffen kann.
Der Punkt „Lohnbewegungen“ wird nach einem sach-
lichen Referat des Verbandsvorstandes, der auf die Reichs-
tarifbestrebungen, auf die Schwierigkeiten der Ausübungsfrage
und auf eine Reihe von Sachverhältnissen gegen Gewerkschaften
hinweist, eingehend debattiert. Der Vorstand wird ermächtigt,
den Reglemente oder wegen Eintretens für Verbandszwecke
inbetrachtend gemäß § 4 des Statuts zu unterstützen. Bei Sach-
fällen erhalten Ledige die Hälfte der Unterstützung.
Bei der Statutenberatung werden alle Anträge, die
den Vertretern des Vorstandes und Ausschusses, sowie den Gau-
leitern auf dem Verbandstag Sitz und Stimme verjagen wollen,
abgelehnt. Wichtige Beschlüsse zu diesem Punkte werden nicht
gefaßt.
Die Berichterstattung über den Gewerkschaftslongres zu
Samburg wird von der Tagesordnung abgelehnt.
Der Hauptverband verbleibt in Hamburg, der des Aus-
schusses in Berlin. Die bisherigen Vertreter werden wieder-
gewählt. Ein Antrag betr. Erhebung über die Verhältnisse der
Arbeitsverhältnisse der Stukkateure und der Gipser wird
dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Parteinachrichten.
Personalien. Die politische Redaktion der „Vergischen Ar-
beiterstimme“ in Solingen übernimmt an Stelle des am

1. Juli ausscheidenden Genossen Hildebrand der Genosse
Wilh. Dittmann, Parteisekretär in Frankfurt a. M., der von
1902 bis 1904 bereits als Parteisekretär an dem Blatte tätig
war. — Zum Parteisekretär im 11. badischen Reichstagswahl-
kreis (Mannheim) wurde von der Wahlkreisversammlung
Genosse Strobel, bisher Angehöriger des Vaterverbandes in
Mannheim, gewählt.
Der Wahlkreisbeschluss der Dresdener Abzahlungs-Gesellschaft
gegen die Dresdener „Volkszeitung“ steht nicht allein. In Sa-
burg haben die Abzahlungs-Gesellschaft den Beschluss gegen
das „Samburger Echo“ gefasst und zwar ebenfalls wegen einer
Kritik, die im „Echo“ an den Praktiken mancher Abzahlungs-
Gesellschaft geübt worden ist, und wegen der Warnung, die den Lesern
beim Unterschreiben von Verträgen usw. die größte Vorsicht an-
empfiehlt.
Gewerkschaftsbewegung.
Metallarbeiterverband und Budgetbewilligung. Zur General-
versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, welche im
Mai in Hamburg stattfindet, sind u. a. auch folgende zwei
Anträge gestellt, die sich mit einem Artikel über die Budgetfrage
in dem „Metallarbeiter-Notizkalender 1909“ befassen. Die Mit-
gliederzahl 3 ena beantragt:
„Die Art und Weise, wie der Vorstand des Deutschen Metall-
arbeiterverbandes in der „Metallarb.-Ztg.“, sowie im Metallar-
beiternotizkalender für die revisionistische Richtung innerhalb der
Sozialdemokratie, insbesondere in der Frage der Budget-
bewilligung, Propaganda macht, kann von der heutigen Mitglieder-
versammlung nicht als objektiv (wie der Verfasser im Notiz-
kalender sagt) angesehen werden und fordert daher die schärfste
Mißbilligung heraus. Die Versammlung erwartet vom Vor-
stand, daß er in Zukunft eine derartige durchaus unzulässige und
in ihren Konsequenzen unabsehbare einseitige Stimmungsma-
che unterläßt und nicht unter dem Mantel der Objektivität aus-
gesprochene revisionistische Bestrebungen verfolgt und fördert,
sondern den Willen der Gesamtheit unterwirft zum Ausdruck
bringt.“
Die Mitgliedschaft Elberfeld-Barmen beantragt:
„In den Organen des Deutschen Metallarbeiterverbandes
darf nicht für eine der beiden Richtungen innerhalb der sozial-
demokratischen Partei Propaganda gemacht werden, wie dieses
am Beispiel im Metallarbeiter-Notizkalender für 1909 durch
die Abhandlung über die Budgetfrage geschehen ist.“
Ohne sich über die Kalendermacherei im besonderen zu äußern,
kann man darüber, ob ein solcher Artikel in einem Gewerks-
chaftskalender gehört, allerdings zweierlei Meinung sein. Mit
dem Revisionismus aber hat die Budgetbewilligung u. G. nichts
zu tun.
Im Holzgewerbe Rheinland und Westfalens soll nach der
„Deutschen Arbeiter-Zeitung“ die von den Unternehmern
angekündigte Lohnherabsetzung von 5 Prozent und die Arbeits-
zeitverlängerung räumlich bereits in einigen Städten durch-
geführt worden sein, weil die Arbeiterorganisationen nicht inner-
halb der von den Unternehmern gestellten Frist von vierzehn
Tagen sich zum Abschluss des verhandelten Tarifvertrages
herbeigesetzt. Die von diesen Maßnahmen betroffenen Arbeiter
haben ausnahmslos gekündigt. Für die Lohnbewegung kommt
die Orte Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Herne
und Wanne in Frage.
Verbreiter als Streikbrecher verurteilt! In
Hannover befinden sich die Kleinmeyer und Intallaturen in
Ausstand. Die in der Innung vereinigten Meister suchen sich
nun aus der Verlegenheit, Arbeitskräfte zu bekommen, dadurch
herauszuwinden, daß sie an die Hausväter der Herbergen zu-
heim gedruckte Postkarten versenden und um Uebermittlung
von Arbeitswilligen ersuchen. Natürlich wird lobnende Be-
schäftigung zugesichert. Diese besteht in Wirklichkeit darin, daß
Kleinmeyer in Hannover noch mit 37 Pfg. Stundenlohn abgepeißt
werden!
Zum Streik auf dem Harzwerk in Wilmshaus (Main) ver-
breitet die bürgerliche Presse eine Nachricht, wonach eine große
Menschenmenge das Fabriksgebäude mit Steinen bombardiert
habe. Einer der Streikenden habe aufgeführt, die Fabrik zu
stürmen, ein Revolverhieb sei abgefeuert worden.
Diese Nachricht ist ein Märchen, das irgend jemand erfunden
hat, um gegen die Streikenden Stimmung zu machen.
Verbreiter als Streikbrecher verurteilt! Die seit dem 8. März im
Abwehrkampf stehenden Arbeiter der Stuhlpoliererei von G.
Eicher in Leipzig-Plagwitz, Weidenheller Straße 39
haben den Streik beendet, weil durch Lieferung von Streitarbei-
tern der Streik in nächster Zeit nicht mehr zu erwarten war. Die
Streitarbeiter kommen in größeren Sendungen aus Nieder-Neu-
schönberg im Erzgebirge, wo die Brüder des G. Eicher eine
Fabrik besitzen und mit unorganisierten Polierern als Helfer in
der Not einprangen. Eine Solidaritätserklärung dieser Ar-
beiter war ausgeschlossen.
Die achtstündige Arbeitszeit für Gasarbeiter in Karlsruhe.
Die Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hat ein
Projekt für die Einführung mechanischer Kohlen- und Holz-
förderung, sowie für die mechanische Be- und Entladung der
Reortoren im Gaswerk II ausgearbeitet, das von der Gas- und
Wasserwerkskommission genehmigt worden ist. Die Kosten der
Anlage sind auf 243 000 Mk. berechnet. Bei der Verwirklichung
dieses Projekts wird es möglich sein, die achtstündige Arbeits-
zeit der Feuerhausarbeiter ohne Steigerung des jährlichen
Aufwandes auf eine achtstündige herabzusetzen und außerdem
deren Arbeit bedeutend zu erleichtern. Der Stadtrat genehmigt
das Projekt und beschließt, die Zustimmung des Bürger-
schusses dazu herbeizuführen, damit bei Beginn der Winter-
zeit die achtstündige Schicht bei den Feuerhausarbeitern eingeführt
werden kann.
Die Steinleger in Kassel und Umgegend haben mit den
Unternehmern einen bis 1911 geltenden neuen Tarifvertrag ab-
geschlossen, nach dem der Stundenlohn von 65 auf 75 Pfg. er-
höht wird.
Die Schlosserauspeerrung in Stuttgart ist aufgehoben.
Die Innung hat nachgegeben und wegen der Werkstattdrängung
erneut Verhandlungen ausgelast.
Die Dortmunder Straßammer verurteilte den Redakteur
Bauer von der „Vergarbeiterzeitung“ in Bochum in der
Berufungsinstanz wegen Verleumdung des christlichen Gewerks-
vereinsleiters Terbrügge zu einer Geldstrafe von 50 Mark.
Wagner hatte in der „Vergarbeiterzeitung“ behauptet, die
Christen hätten einer Versammlung in Bochum, die sich mit dem
Radob-Ünglück befassen sollte, den Saal abgetrieben. Das Ge-
richt lehnte die Beweisannahme ab. Die Verurteilung erfolgte
nur wegen formaler Verleumdung; auf die Aussage eines Zeugen
hin stellte das Gericht aber fest, daß der Bochumer Vilar gesagt
habe: „Ich und Terbrügge sorgen schon dafür, daß sie keinen
Saal bekommen“, so daß eine Saalabtreibung vorgelegen habe.
Der Verband Berliner Vaugeschäfte hat in seiner General-
versammlung zur Kaiserfeier beschlossen: Arbeiter, die am
1. Mai feiern, werden sofort entlassen; vor Donnerstag, 6. Mai,
werden Gesellen und Hilfsarbeiter in keinem Vaugeschäft neu
eingestellt. Vom 1. bis 5. Mai bleibt der Arbeitsnachweis ge-
schlossen. Der Erlass für die am 1. Mai Entlassenen wird vom
Arbeitsnachweis entnommen. — Bei der immer noch herrschen-
den Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe würde diese Maß-
nahme für die Feiernden eventuell eine Ausspeerrung von einigen
Wochen bedeuten.
**Der Verband der Metallindustriellen von Halle und Um-
gegend** hat auch in diesem Jahre keinen Mitglieder zum Pflicht
gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig fern-
bleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.
Eine ersteilige Mitgliedszunahme hat trotz der schweren
wirtschaftlichen Zeiten der Metallarbeiterverband in Sachen
im ersten Quartal dieses Jahres aufzuweisen. Die Mitglieder-
zahl ist von 52 655 am Ende des Jahres 1908 auf 53 393 Mit-
glieder Ende März 1909 gestiegen, also eine Zunahme von 738
Mitgliedern. Chemnitz partiiert an dieser ersteniligen Stei-
gerung mit 183 Mitgliedern, Dresden mit 166, Jülich mit 100,

Blauen mit 44. Daß die Krise in der Metallindustrie Sachsen
mit unübersehbarer Heftigkeit wütet, beweist die gewaltige Stei-
gerung der Arbeitslosenunterstützung, die im ersten Quartal
1907: 25 410 Mr., 1908: 88 957 Mr. und 1909: 198 313 Mark
betrug. Selbst gegen das 4. Quartal 1908 bedeutet das noch eine
ganz gewaltige Steigerung, denn sie betrug da „nur“ 153 060
Mark. Die Krankenunterstützung ist ebenfalls ständig geblieben,
eine Erscheinung, die wir ja immer bei großer Arbeitslosigkeit
bemerken können. Sie betrug im ersten Quartal 1907: 74 482
Mark, 1908: 112 630 Mr., 1909: 121 961 Mark. An Streif-
unterstützung wurden im ersten Quartal 1909 489 Mark, an
Mahnregelungsunterstützung 5963 Mr. ausbezahlt. Die Ziffern
bemeinen, daß leider noch keine Abnahme der Krise und der da-
mit verbundenen Arbeitslosenunterstützung in Sachsen zu er-
hoffen ist. Angesichts dieser schwierigen Situation ist es um so
erfreulicher, daß es der Organisation trotzdem gelungen ist, der
Gewerkschaft neue Kämpfer zuzuführen.
Ein Arbeitswilliger als Messerstecher. Der Streikbrecher
Ernst Sträh in Nürnberg hatte sich wegen Unterschlagung,
Schpürellereien und Messerstechens vor dem Strafrichter zu ver-
antworten. Er stahl ein armlanges Messer und provozierte
dann, jedenfalls um das gestohlene Messer gleich anwenden zu
können, einen Streikposten. Dieser erhielt von ihm einen Stich
in die Hand. Später verübte der Messerheld dann noch in
einer Wirtschaft eine größere Schpürellerei.
Vom Schöffengericht war der stehende Streikbrecher freige-
sprochen worden. In der Berufungsinstanz wurde er jedoch
wegen Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis verurteilt;
außerdem erhielt die Stube des Vaterlandes wegen Diebstahls
und Schpürellereien 5 und 3 Mark Strafe.
Die Driskantenwahl in Stragburg i. E. vom Sonn-
tag endigte mit einem Siege der freien Gewerkschaften. Ihre
Liste erhielt 2968 Stimmen, die Liste der christlichen Gewerks-
schaften und eines sogenannten Ausschusses für soziale Wahlen,
der alle reaktionären Arbeitervereine umfaßt, erhielt 742 Stim-
men. Von 22 169 Wahlberechtigten gingen nur 3769 zur Wahl.
Zur Bewegung der französischen Seefahrer. Aus Marseille
wird berichtet: Die Compagnie des Messageries Maritimes
beschloß, die Frage des wöchentlichen Ruhetages an Bord der
Schiffe einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Infolge dessen
begaben sich die ausländischen Besatzungen der Postdampfer
„Portugal“, „Saghalien“ und „Charente“ wieder an Bord ihrer
Schiffe. Die Dampfer traten heute nacht die Ausreise an.
Industrie, Handel und Verkehr.
Elektrische Schnellbahn. Trotz der ablehnenden Haltung des
Ministeriums hat man das Projekt einer elektrischen Schnell-
bahn, die das Ruhrgebiet durchquert, nicht fallen gelassen. Wie
die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtet, hat die kommunale
Bereinigung für den Bau einer rheinisch-westfälischen Städte-
bahn einstimmig beschlossen, an dem Bau der elektrischen Schnell-
bahn von Dortmund nach Düsseldorf durch das Industriegebiet
teilzunehmen und die Ausarbeitung des Planes sofort in Auftrag
zu geben. Mit den Interessenten des nördlichen Teiles des
Industriegebietes soll noch wegen gleichzeitigen Baues einer
nördlichen Linie — Berne-Duisburg — und auch wegen An-
ordnung der Kosten für die Vorarbeiten hierfür Verbindung
gesucht werden.
Folgen der Krise. Der Dortmunder Verkaufsverein für
Ziegeleifabrikate, dem 43 Gesellschaften mit 55 Dejen und 237
Millionen Steinen Produktionsmöglichkeit angehören, konnte im
Jahre 1908 nicht einmal die um 50 Prozent eingeschränkte Er-
zeugung aus 1907 unterbringen. Es blieben 8 1/2 Millionen
Steine übrig. Zu Beginn des Jahres 1909 lagerten mit der
Erzeugung aus 1908 92 1/2 Millionen Steine. Der Gesamtumsatz
selbst sich 1908 auf 60,8 Millionen Steine, 6 1/2 Prozent weniger
als 1907. Nach der Meinung des Vorstandes sind die Umsätze
in nächster Zukunft zu erwarten, der Absatz aber ist immer noch
minimal.
Industrielle Auswanderung. Nach einer Meldung aus Mos-
kau hat die Firma Krupp die Errichtung eines Werkes im russi-
schen Zentralasien beschlossen. Es sollen hier Breiten für die
Reinigung von Baumwolle hergestellt werden. Die Firma liefert
bereits heute ihre Spezialpressen für diese Zwecke nach Russi-
en. Zentralasien, jedoch soll der Transport sich zu teuer stellen, daß
die Fabrikation am Abgabegbiet selbst sich lohnen würde zu gestalten
verspricht. Verhandlungen mit Vertretern der Moskauer
Baumwollindustrie, der Eigentümerin resp. Bäckerin des
größten Teils der zentralasiatischen Baumwollplantagen, sollen
bereits zu einem befriedigenden Resultat geführt haben. Zur-
zeit ist der Vertreter der Firma Krupp auf dem Wege nach
Zentralasien.
Vermischtes.
Ein Revolverheld. Köln, 26. April. Am Sonnabend abend
wurde der Arbeiter Stubit an der Nordbrücke, Ecke Friedrich-
Wilhelmstraße und Turmmarkt, von einem Menschen ohne jede
Bemerkung durch zwei Schüsse in die Wangengegend tödlich ver-
wundet. Stubit verschied nach einigen Minuten. Der Täter wurde
in einer Speisekammer verhaftet. Es ist der 19jährige Musiker
Reitbach. Er zeigte keine Spur von Reue.
Diphtheritis in der Kaserne. Magdeburg, 25. April.
Die Diphtheritiserkrankungen in der Kaserne des hiesigen
Pionierbataillons sind noch im Ausbreiten begriffen. Die Zahl
der Krankheitsfälle ist inzwischen auf 30 gestiegen. Die Hälfte
davon ist bedenklicher Natur.
Feuersbrunst. Bremen, 26. April. In der letzten Nacht
sind die Norddeutschen Glazwerke in Brunsbüttel an der Elbe
um größten Teil niedergebrannt. Durch den Einsturz der
Kappe eines Glasofens war flüssiges Glas ausgeflossen und hatte
das Dachwerk der benachbarten Gebäude in Brand gesetzt. Der
Schaden ist enorm, aber durch Versicherungen gedeckt.
Selbstmord. Dessau, 25. April. Der herzogliche Chor-
direktor und Komponist Wilhelm Reischau hat sich erschossen.
Das Motiv ist ein gegen ihn eingeleitetes Strafverfahren wegen
fittlicher Verfehlungen.
Unfallsfall beim Rennen. Berlin, 26. April. Beim
30 Kilometer-Rennen im Sportpark Treptow kam der Schrift-
macher des Jahres Pongs namens Jünggeborn in der drit-
testen Runde durch Klappen eines Reifens an seinem Motor zu
Fall und stürzte. Während Pongs mit leichten Verletzungen
davontam, erlitt Jünggeborn eine Schädelverletzung und mußte
in ein Krankenhaus gebracht werden. Sein Befinden gibt zu
ernsten Besorgnissen Anlaß.
Vom Blig erschlagen. Breslau, 26. April. In Gostka
wurde ein 24jähriger Mädchen auf dem Felde vom Blig er-
schlagen. — Bei Heuchden traf der Blig einen Vater, der sein
Kind auf dem Arme trug. Das Kind war sofort tot. Der
Mann wurde betäubt.
Automobilunglück. Rattow, 26. April. Der Sohn
des früheren Präsidenten des Reichstages Grafen Vasseff,
Graf Gustav Franz v. Vasseff, unternahm umweil des väter-
lichen Schlosses Gostka b. Rattow eine Automobilfahrt, bei der
der Chauffeur plötzlich die Führung verlor. Graf Vasseff
wurde zu Boden geschleudert und starb bald darauf im Kran-
kenhaus. Auch der Chauffeur wurde lebensgefährlich verletzt.
59 000 Mr. unterschlagen. Gerlingen (Württemberg),
26. April. Die Untersuchungen bei der hiesigen Darlehenkassa
sind nach mehrwöchiger Dauer abgegeschlossen. Der Fehlbetrag
wurde auf 59 000 Mr. festgestellt. Der Rechner, der seither auf
freiem Fuße war, wurde in Haft genommen.
Liebesdrama. Florenz, 26. April. Die 50jährige, aber
immer noch schöne Marchesa Fornari wurde gestern von einem
25 Jahre alten jungen Mann der Lebenswelt, dessen Liebesbewer-
bungen die Dame zurückgewiesen hatte, erschossen. Nach der
Tat beging der Attentäter Selbstmord. Beide gehörten zu den
ersten Gesellschaftskreisen von Florenz.

Ein Koffer mit kostbarem Inhalt gestohlen. Paris, den 26. April. Während der Fahrt von San Remo nach Lugano wurde einer deutschen Prinzessin, deren Name verschwiegen wird, ein Reisekoffer gestohlen, der für eine Million Juwelen und angeblich auch wichtige Papiere enthielt. In Genf wurden drei Engländer verhaftet, in deren Besitz man eine mit Diamanten und Edelsteinen gefüllte Tasche fand.

Explosion. Paris, 26. April. In der St. Rochus-Kirche explodierte gestern Abend der Gasbehälter, wobei großer Schaden in der Kirche angerichtet wurde. Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Gewitter und Orkan. Paris, 25. April. Ein Gewitter, begleitet von einem orkanartigen Sturm, ist gestern über den Osten Frankreichs niedergegangen und richtete in der Champagne, besonders in den dortigen Weinbergen, großen Schaden an.

Eine aus Frauen bestehende Räuberbande. Petersburg, 26. April. In Neuladog im Gouvernement Petersburg wurde eine Räuberbande, bestehend aus 20 Weibern, unter Führung der reichen Witwe Schamerina, verhaftet. Sie ermordeten zuerst ihre Gemannen, darauf mehrere Reisende, denen sie mit Beilieben Nase, Wangen und Ohren auschnitten. In ihren Kellern wurde ein reiches Lager geraubter Waren entdeckt.

Schiffszusammenstoß. London, 26. April. Der englische Dampfer „Lord Gwalala“, mit einer Ladung Kohlen nach St. Nazaire unterwegs, ist nachts in der Nähe von Plymouth mit einem norwegischen Dampfer, mit Erzen an Bord, zusammengefahren. Der Dampfer „Lord Gwalala“ sank nach wenigen Minuten, zwei Mann der Besatzung ertranken, vier der Geretteten sind verletzt worden.

Dynamit gegen Eis. Washington, 25. April. Die Eis-massen, welche die Mündung des Niagaraflusses sperren, konnten gestern durch Dynamit gesprengt werden. Der Abgang erfolgte ohne weiteren Schaden anzurichten. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 1 Million Dollars.

Die aus dem gemeinschaftlich erworbenen **Konkurs-Lager** im Einzel-verkaufswert von ca.

100000 Mk.

vorhandenen **Restbestände** sollen mit anderen günstigen **Lagerposten** schnellstens geräumt werden.

Geschweifte Bierbecher „Victoria“ 1/4 L.	12
Bierbecher mit dickem Boden „Karl“ 1/4 L.	12
Pilsener Seidel 1/4 L.	20
Pilsener Seidel 4/10 L.	25
Amerikaner Seidel 4/10 L.	18
Amerikaner Seidel 3/10 L.	15
Obstschalen gelippt	25 u.
Wasserflaschen groß	32
Glas-Kompottschalen	12 u.
Glasteller	8 u.
Wein- oder Selterbecher echt Kristall geätzt	28
Weingläser auf hohem Fuß mit guillo. Rante	28
Wein- oder Biergläser auf Fuß, echt Kristall, geätzt	38
Bierservice	von 1.25 an

Speiseteller	10, 8 u.	5
Schüsseln (Kumpen) rund	35, 30 25 u.	20
Schüsseln edig	38, 30, 22 u.	18
Pfannkuchenplatten	50 u.	38
Deckelschüssel	48 u.	38
Satzschüsseln 5 teilig	68	6 teilig 98
Saucières	50 u.	38
Bratenplatten glatt u. gerippt	50, 45, 35 u.	25

Ein Posten Vasen enorm billig.

Wasch-Garnituren 27.50 bis 1.85
Ess-Service, Küchen-Garnituren.

Geisinger
Niedernstrasse 34.

Bekanntmachung.

Die von dem Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission festgesetzte Gemeindesteuerliste derjenigen Eingetragenen der Stadt Herford, welche wegen eines Jahreseinkommens von nicht mehr als 900 Mk. mit einem fingierten Normalsteuersatz für 1909 zur Gemeinde-Einkommensteuer eingeschätzt sind, bzw. auf Grund von Normalsteuersätzen gemäß den Vorschriften des § 74 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 zu kommunal-Abgaben herangezogen werden, liegt vom 28. April d. J. an 14 Tage lang auf dem Steuerbureau, Rathaus II (Seiteneingang, 2 Treppen), während der Vormittagsstunden zu jedermanns Einsicht offen.

Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist die beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission bzw. dem Magistrat anzubringende Berufung zu.

Herford, den 24. April 1909. Der Magistrat. Dr. Sch.

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche Anträge auf Dispositions-Beurlaubung ihrer bei der Kavallerie, reitenden Feldartillerie, bzw. der Marine dienenden Söhne nach erfolgter zweijähriger Dienstzeit stellen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Gesuche in der Zeit vom 27.-29. April 1909 während der Vormittags-Dienststunden im Rathaus I, Zimmer 5, anzubringen.

Herford, den 20. April 1909. Der Magistrat. Dr. Sch.

Brennabor

Vornehmste Marke. Hohe technische Vollendung. Peinliche Präzisionsarbeit. Unbegrenzte Haltbarkeit. Spielend leichter Lauf und elegantes Aussehen sind Hauptvorzüge und in dieser Marke vereinigt.

Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
General-Vertrieb: 2374

Herm. Diekmann, Brackwede.

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kinderrwagen, Sportwagen (Brennabor), Reise-, Wägen- und Armstühle, Sessel sowie sämtliche Bürstenwaren empfiehlt zu billigen Preisen G. Brate, Mühlentstraße 12. 1689	Kinderrwagen, 2387* mehrere zurückgekauft, spottbillig abgegeben. Fr. Barmer, Detmolderstraße 125.
Fahrräder, sowie sämtliche Zubehörteile, als Laufdecken, Luftschläuche, Ventile, Felgen, Pumpen usw., zu billigen Preisen. Bielefelder Fahrrad-Industrie G. m. b. H., Verkaufslager: Friedrichstraße 25. 1982	Rocherher, weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 2438
Salte den geehrten Bewohnern von Siefer und Umgegend mein Sarg-Magazin, sämtliche Bedarfartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modern ausgestatteten Leichen-Wagen bestens empfohlen. Adolf Hey, Siefer, bei Schule III. 2066	Wäsche für Damen und Kinder, solide Qualitäten billig. Georg Meier, Herforderstraße Nr. 12. 2256
	Schlappen, 2430* selbst angefertigt, gut und dauerhaft, verkauft Hermann Zehnhausen, Zöllenderstraße 49. Wegen Krankheitsfall kann ich nicht hausieren gehen. 2066

Betten

in nur bester Qualität
liefern zu den
billigsten Preisen
Gebr. Gottschalk,
Bielefeld, Niedernstr. 29/31. 2339

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** Kinder-nahrung Nahrung für: schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Sieben ist erschienen und in der Buchhandlung „Voll-wacht“ zu haben:
Leo Deutsch: Der Todesspiel Asew und die terroristische Taktik.
Deutsch von S. Grumbach. Preis 40 Pfg., Porto 5 Pfg.

Frauen- u. Mädchen-Versammlung
Mittwoch, 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant **Stadt Bielefeld**, Marktstr. 8.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Schred über „Heinrich Heine“, verbunden mit Rezitationen.
2. Verschiedenes. 2368
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Vertrauensperson.

Herford.
Am Sonntag, den 2. Mai, feiert der Arb.-Radfahrer-Verein „Merkur“ in den Lokalkitäten des Herrn **Emil Winkelmann** sein diesjähriges ...
Frühlings-Fest
wozu Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen sind. 2432
Der Vorstand.

Stadttheater.
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Mittwoch, den 28. April 1909, abends 7 1/2 Uhr:
Zum 4. Male:
Tiefeland.
Donnerst.: Hoffmanns Erzählungen. 2429

Trauer-Hüte
in größter Auswahl zu billigsten Preisen
F. Kleinemeyer
Bielefeld, Behrenberg 9

Zahn-Atelier
Otto Grosche
Detmolderstrasse 123
Ecke Fröbelstrasse.
Zahnziehen :: Plombieren
Anfertigung künstl. Gebisse
Reparaturen etc. :: ::
Beste Ausführung.
:: Billige Preise. ::

Todes-Anzeige.
Am Sonntag morgen 5 Uhr starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Töchterchen **Louise**
im zarten Alter von 2 Jahren u. 4 Monaten. — Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an die trauernden Eltern [2434]
H. Steinmeier und Frau geb. Hoppe.
Schilbecker, Herforderstr. 37.

Grabdenkmäler,
Grabeinfassungen, in allen Preislagen, am billigsten bei **Wilhelm Ott,**
Engersche Strasse 1 1845 und Herforderstrassen-Ecke.

Frauen! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der „Vollwacht“.

Gebräuchen Sie
Schuhwaren oder einen guten, getragenen Anzug, Damen-Garderobe usw., so finden Sie stets größte Auswahl bei Kohlmeier u. Düring, Pingenstraße 10. Wir kaufen ganze Nachlässe und Lagerposten. 2240

Jaden, 2285 blaue, und Josen, Stück 140 Mk. Georg Meier, Herforderstr. 12.	Baletots, 1944 Anzüge, zurückgekauft und gebraucht, von 7 Mk. an. Brunnstr. 12a.
Kartoffeln, Magen bonum und rote, sind zu haben bei Friedr. Elbracht, Schilbeckerstraße 95. 2435	Sportwagen, gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Mühlentstraße 34, 1. Etage. 2439
Guanu. Salte stets großes Lager in Guanu „Züllhornmarke“, sack- und pindweise zu billigen Preisen. Such. Samenhandlung, Bielefeld 48a. 2230	

Buchenbrennholz,
mehrere Fuder, auf Kredit zu verkaufen. Kapfenstr. 6. 2436

Pflanz-Kartoffeln,
sämtliche Sorten, empfiehlt Such. Bielefeld 48a. 2231

Kunkeln,
einige Zentner, hat abzugeben Maurer Albert, Seltersgasse Nr. 137, Schloßhofstraße rechts ab. 2431

Möbelpolierer
sofort gesucht. Wilhelm Schöder, Friedrichstraße 25. 2433

Hofarbeiter
gesucht. Tarif II. Ludw. Generalkfz., Gütersloherstraße 56. 2393

Gesucht
zu sofort eine zuverlässige Person für 3 Kinder. Frau Dr. da Cunha, Herforderstr. 83, II. 2388

Dachbedergerellen,
2 tüchtige, finden sofort dauernde Beschäftigung. Josef Abold, Dachbedermeister, Blotho a. d. Weser. 2443

Abonnement
für Bielefeld und Umgegend
wie bei sämtlichen Agenten
ins Haus gebracht 60 Pfg.
1,80 Mk. vierteljährlich
Bestellgeld.
Eingelnummer 10

Erkennung
mit Ausnahme der
Feiertage täglich nach
Zernsprech-Anschluß

Nr. 98.

Die heutige

Der Tabakstien

Die Handels-tage folgende Eingab-
Dem hohen Re-fürungen zu dem den Entwurf eines Weber-Momien-
periode I. Session rüchtigung.

1 Die
Die Erhöhung d Doppelzentner Rohb das Wille Zigarre würde gerade in der Sorten, eine grobe von 85 Mk. gestatt jetzigen Tabaken a hakturrenpreise von auf 42 Mk. würde bay die 5-Pfg.-Pro Tabak verschwinden Tabakindustrie, die 2 Prozent der Tab 6-Pfg.-Preisfrage an Die jetzige 6-Pfg indutrie, sie mach und wird mit einer Eine Vertretung

Während wir j 6-Pfg.-Zigarre) mit beteiligt sind, würde nur noch mit 25 P können. Eine Ver er von der jüdeutl bei ihren billigeren igen Tabaks nicht Von unserer h höheren Preislagen nämlich die ganze A wenn unsere jetzige soll. Nach der un halten wir dies für bay ein Ausfall vo weisfällische Gesam Dieier Ausfall ungere weisfällische 2 wie für Arbeiter l anderen norddeutid derrhein, sein.

Vor drei Jahre 85 Mk. auf 125 M bay damit die verbe weig und beinbe Gernerbes vernüpf besto größer mu höhung des Jolles bar, wie es schon ei

2. Die Spann
Der jetzige Schu dem Antrage Dr. werden. Das würl jetzigen Fabrikation überreichen Tabak weitere Vergünstig der deutsche Tabak teiligung der nord Tabakindustrie. D in seiner Weise. A fessener hervorragen arbeitung, die wir Wenn nun gelag and Steuerfähe die deutsche Tabak meh Zatsache, sondern s flichtigt. Eine dopp werden.

Die Wer büm Denkschrift vom 7. der VIII. Regislat nachgewiesen, daß d ionbern nach der a doll bemessen müß nächste Wirkung de in einer weitere idem Tabak und Tabakbau besteb Verringerung de den inländischen sichtlich eine Stei durch eine weite werden würde. Bedarfs an inslän schließlich denjeni sie einen das aus Pharrtenfabrikati ebenich schon in f für die geringw unter der erhöh noch weniger Ra durch bessere klim bauen eine nod minder gut situi Die Erhöhung d ein in seiner Weise noch aus finanzielle Erhöhung in verschä Schwerenwicht der Süddeutschland, in Zutreffend hat sich